Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1913

287 (8.12.1913) Erstes Blatt

Visual Library

No. 287. 1. Blatt Karlsruhe Montag den 8. Dezember 1913. 33. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2.10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die Entscheidung von Donaueschingen.

Versetzung des Regiments. · Beschleunigung der kriegsgerichtlichen Verfahren. · Kein Rücktritt.

Die Entscheidung Wilhelm II. ist gefallen. Sie wurde am Freitag in später Nachmittagsstunde offiziell in folgender Form bekannt gegeben:

> S. M., der Kaiser, hatte für heute vormittag den Reichskanzler, den Statthalter Grafen v. Wedel und den kommandierenden General v. Deimling nach Donaueschingen befohlen, um weitere Vorträge über die bekannten Vorgänge in Zabern entgegenzunehmen. S. M. hat darauf bestimmt, daß **die Garnison von Zabern bis auf weiteres nach dem Truppenübungsplatz verlegt wird. Die schwebenden kriegsgerichtlichen Verfahren werden mit Beschleunigung zu Ende geführt werden.**

„Unbefriedigend und ungenügend" hat man selbst in der nationalliberalen Presse alles genannt, was in der unglücklichen Affäre von Zabern bisher vom Regierungstische aus getan worden ist. Unbefriedigend und ungenügend ist auch die Entscheidung von Donaueschingen.

Die „militärische Kommandogewalt" hat sich vor dem Willen des Reichstags insoferne gebeugt, als sie die geforderte Versetzung des 99. Infanterieregiments in die Wege geleitet hat. Die Forstner, Reutter, Schadt werden mitsamt ihren Kollegen aus Zabern verschwinden, begleitet von den Glückwünschen der Zaberner, die sie gewiß in gutem Andenen behalten werden. Man tut damit etwas, was von der Bevölkerung Elsaß-Lothringens und fast von der gesamten Presse des Reiches schon vor dem Zusammentritt des Reichstags gefordert wurde, man tut damit sogar mehr, als was ursprünglich verlangt worden war. In den ersten Novembertagen hätte die Entfernung Forstners aus Zabern genügt, um eine unheilvolle Entwicklung in ihrem Keim zu ersticken. Das hat man damals nicht begriffen, und die Folge davon ist, daß die Neunundneunziger samt und sonders — trotz der glorreich gewonnenen Schlacht von Dettweiler — nun auf Befehl des obersten Kriegsherrn ihren Rückzug aus Zabern antreten müssen.

Dieser Befehl der obersten Kommandogewalt ist aber weder aus eigenem Antrieb erfolgt, noch auf Rat des Reichskanzlers und des Kriegsministers. Alle militärischen Stellen haben sich gegen die Zurückziehung der Truppen gewehrt, und der Reichskanzler hat sie nicht gefordert oder er war unfähig, sie durchzusetzen. Das ganze Reich mußte erst außer Rand und Band geraten, der Reichstag mußte erst ein an ihm ganz ungewohntes Maß von Energie zeigen, bevor das Notwendige und Vernunftgemäße geschah. Insofern darf man von einem Erfolg des Reichstags sprechen und von einer schweren Schlappe des Militarismus.

Dagegen steht die Hoffnung, daß die Gesetzlichkeit zu ihrem Recht gelangen würde, einstweilen dennoch auf sehr schwachen Füßen. Es wird zwar gemeldet, daß die schwebenden kriegsgerichtlichen Verfahren mit Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen. Was heißt das? Offiziell ist bisher nur von jenem kriegsgerichtlichen Verfahren etwas bekannt, das sich gegen die Soldaten richtet, weil sie durch Veröffentlichung der Vorgänge in der Kaserne ein „Komplott" gebildet haben sollen. Es ist aber noch nicht gemeldet, daß gegen die Offiziere, die Recht und Gesetz mit Füßen traten, ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet worden sei. Insbesondere befindet sich der Leutnant von Forstner, der Held von Zabern und Dettweiler noch immer auf freiem Fuße. Die „beschleunigten" kriegsgerichtlichen Verfahren scheinen danach nicht dazu angetan, dem beleidigten Rechtsgefühl Genugtuung zu gewähren, sie werden vielleicht im Gegenteil die Geschichte der Militärjustiz um ein neues Kapitel bereichern und neue Erregung ins Land tragen.

Die Hauptfrage: Was wird mit Bethmann, was wird mit Falkenhayn? Gehen sie oder bleiben sie? Darüber sagt die offizielle Depesche nichts und keine Antwort ist in diesem Falle auch eine Antwort. **Wilhelm II. wünscht, daß Bethmann und Falkenhayn trotz des Mißtrauensvotums des Reichstag in ihren Aemtern verbleiben.** Der Reichstag wird bei der Etatsberatung am Dienstag diese beiden Herren wieder auf ihren Plätzen finden. Wie wird er sich zu ihnen stellen?

Der Reichstag wird sich darüber lar sein müssen, daß das persönliche Regiment ihm zwar in der Behanlung der Angelegenheit von Zabern selbst einen Schritt entgegengekommen ist, daß es aber in der Hauptfrage jedes Entgegenkommen ablehnt. Es will zeigen, daß im Deutschen Reich ein Mann Reichskanzler bleiben kann, auch wenn ihm von 351 abstimmenden Reichstagsmitgliedern 293 ihre Nichtübereinstimmung aussprechen. Damit wird zu einem halben Zugeständnis eine ganze Herausforderung gefügt.

„Einer nur ist Herr im Reiche, und der bin ich!" Das ist der Grundsatz, den der gegenwärtig regierende Kaiser proklamiert hat. Und wenn dieser Grundsatz auch nicht dem Sinne der Reichsverfassung entspricht, und wenn er auch in der Praxis vielfach durchlöchert wurde, so hält man es doch für angebracht, diese zerschossene Fahne des Absolutismus noch immer hoch in der Luft zu schwingen. Man will zeigen, daß das Recht des Kaisers, den leitenden Staatsmann zu ernennen und zu entlassen, kein bloß formales ist, wie in konstitutionell regierten Ländern, sondern ein tatsächliches, durch den Willen der Volksvertretung uneingeschränktes.

So wird der Konflikt zwischen Absolutismus und Reichstagsrecht zwar ein wenig verschleiert, aber nicht beseitigt, sondern in der Hauptsache noch verschärft. Denn der Reichstag macht sich einfach lächerlich, wenn er aus seinem Votum vom 4. Dezember nicht die entsprechenden Folgerungen zieht. **Der Reichstag kann einer Regierung, der er mit 293 gegen 54 Stimmen das Mißtrauen ausgesprochen hat, nicht den Etat bewilligen.**

Der Reichstag kann Macht ausüben, wenn er will. Das hat er gezeigt, indem er den Rückzug der Neunundneunziger aus Zabern erzwungen hat, und hätte er das erreicht, ohne erst zur schweren Waffe eines fast einstimmigen Mißtrauensvotums greifen zu müssen, so wäre mit der Entscheidung von Donaueschingen ein vorläufig einigermaßen befriedigender Abschluß der ganzen Angelegenheit geschaffen worden.

Jetzt ist es zu spät! Der Reichstag hat gesprochen, und das Volk verlangt von ihm, daß sein Wort nicht bloß Schall und Rauch sei. Die Angelegenheit ist nicht erledigt, und sie darf nicht enden mit einem Kotau der Volksvertretung vor dem persönlichen Regiment. Eine Regierung, die vom Parlament ein Zeugnis erhalten hat wie die Regierung Bethmann vom Reichstag, kann in keinem zivilisierten Lande der Welt am Ruder bleiben. Sie darf auch nicht in Deutschland bleiben!

Fort mit Falkenhayn! Fort mit Bethmann!

Ueberflüssig und unmöglich.

Erstens kann von einer allgemeinen Arbeitslosigkeit in größerem Umfange keine Rede sein, deshalb ist eine Aktion zur Linderung der Not überflüssig. Zweitens fehlt uns das statistische Material, das uns die Zahl der Arbeitslosen erkennen ließe, deshalb ist ein Eingreifen unmöglich. Der Staatssekretär des Innern hätte viel Zeit und Kraft sparen können, wenn er sich in seiner Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation auf diese beiden Sätze beschränkt hätte, denn tatsächlich hat er in seinen weitschweifigen Auseinandersetzungen nicht viel anderes zutage gefördert. Zwar sind die beiden Gründe, auf die sich die Regierung bei ihrer Passivität stützt, nicht leicht miteinander in Einklang zu bringen. Aber was tuts? Da sie nicht den Mut besitzt, zu sagen, daß sie nicht will und nicht darf, muß sie doch glauben machen, daß sie nicht kann und nicht braucht.

Man gibt den Arbeitslosen keine Beschäftigung und gibt ihnen auch nichts zu essen, weil zunächst einmal Erhebungen darüber veranstaltet werden müssen, ob ihrer wirklich so viele sind, wie sie behaupten und ob sie alle so hungrig sind, wie es den Anschein hat. Außerdem aber legt man ihnen noch dar, daß, wenn sie tatsächlich Mangel leiden sollten, das nicht die Schuld einer Wirtschaftskrise im engeren Sinne sei, sondern nur von einer Versteifung des Geldmarktes herrühre, und der Hunger, der auf eine Versteifung des Geldmarktes zurückzuführen ist, tut ja bekanntlich bei weitem nicht so weh, als der, der mit einer Wirtschaftskrise zusammenhängt.

Darüber hinaus sollen die Arbeitslosen noch wissen, daß die Regierung ihrem Schicksal keineswegs gleichgültig gegenübersteht. Sie hat, wie jeder warmempfindende Mensch, Mitleid mit ihnen. Großes Mitleid sogar. Und sie ist auch durchaus nicht der Meinung, daß man über die Frage der Arbeitslosigkeit so einfach zur Tagesordnung übergehen dürfte. Nein, die Arbeitslosigkeit ist ein Problem, über das jeder Politiker und Volkswirt nachdenken muß, und die Regierung denkt fortgesetzt und angestrengt nach, und es ist nicht ihre Schuld, daß die Frage zur Lösung noch nicht reif ist.

Nun müssen die Armen und Elenden doch zufrieden sein. Sie gehen zwar mit knurrendem Magen nach Hause, aber sie wissen doch, daß sie für den Reichskanzler und den Staatssekretär des Innern ein Problem sind. Aber sie haben noch mehr gelernt. Daß nämlich die Regierung im Bunde mit der Mehrheit des Reichstags schon für sie gesorgt hat, in einem Moment, wo sie es am wenigsten erwarteten. Als nämlich die bewährte Wirtschaftspolitik des Zollschutzes und der Grenzsperren eingeleitet wurde, da geschah das im Interesse der Arbeiter. Auf diese Weise wurde der innere Markt gestärkt, und der starke innere Markt lindert die Gefahren der Arbeitslosigkeit. Wenn also für die Masse der unfreiwillig Feiernden das Brot fast unerschwinglich und das Fleisch eine so gut wie unbekannter Artikel ist, so müssen sie sich dessen bewußt sein, daß die Politik, die die Preise derartig in die Höhe geschraubt, in ihrem Interesse getrieben wird.

Im Ernst. Wenn des Reichskanzlers Antwort auf die Zabern-Interpellationen eine Bankerotterklärung vor dem Militärregiment war, so ist Dr. Delbrücks Bescheid auf die Arbeitsloseninterpellation eine Abdankung des Kanzlers und seiner Gehilfen zugunsten der Nebenregierung der industriellen Scharfmacher. Seine Ablehnung unserer Wünsche kommt uns ja keineswegs überraschend, aber wir hätten zum mindesten doch erwartet, daß er tiefer und ernster in eine Materie eingedrungen wäre, mit der das Schicksal von Hunderttausenden verknüpft ist. Er hat viel geredet und nichts gesagt. Triviale Weisheiten über das Wesen der Arbeitslosigkeit trug er vor, aber mit keinem Worte berührte der Minister, dem die Sozialpolitik untersteht, die gewaltigen sozialen Folgen des Uebels, das er als ein Problem empfindet. Er hat nur viel geredet, um sein „Nein" zu verhüllen, weil er annahm, daß eine glatte Ablehnung ohne alle Phrasen in diesem Augenblick von einer geradezu aufreizenden Wirkung sein müsse. Aber:

> Du sprichst vergebens viel, um zu versagen,
> Der and're hört von allem nur das Nein.

Die Arbeitslosen werden ihn verstehen, und die Wolke von Redensarten, mit der der Staatssekretär sein Nein gab, wird ihren Respekt vor ihm und der Regierung ganz allgemein wahrhaftig nicht erhöhen.

Man hatte vielfach erwartet, daß die Regierung wenigstens die Kommunen auffordern werde, Schritte zu tun, die sie selbst zu unternehmen nicht den Mut findet. So ähnlich wie sie vor Jahresfrist den Gemeinden nahgelegt hat Maßregeln zur Milderung der Teuerung zu ergreifen. Aber im Gegenteil! Herr Delbrück hielt es für angebracht, auf die bedenklichen Seiten des Genter Systems hinzuweisen, durch das indirekt die Kampffonds der Gewerkschaften verstärkt würden. Er war auch in dieser Beziehung der fromme Knecht der Unternehmerverbände. Ja, und nicht einmal das hat er in Aussicht gestellt, daß nun die ziffernmäßigen Unterlagen geschaffen werden sollen, deren Fehlen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zurzeit angeblich unmöglich macht. Da nicht anzunehmen, daß die Regierung darauf wartet, ob ihr dieses Material nicht vom Himmel fällt, bleibt nur die Vermutung, daß sie das Ergebnis einer solchen Statistik fürchtet. Als Ende der neunziger Jahre die ersten Gerüchte auftauchten, daß die Getreidezölle erhöht werden sollten, weil die Landwirtschaft notleide, wurde von der Linken eine Untersuchung gefordert, die den Beweis erbringen solle, ob der behauptete Notstand wirklich vorhanden sei. Auch diese Enquete wurde abgelehnt. Aber damals setzte das Uebel als selbstverständlich voraus und ließ das Volk in seine Taschen greifen. Damals handelte es sich um die Rente der Großen und Mächtigen, die durch die Armen und Aermsten garantiert werden mußte. Heute handelt es sich um die Existenz der Proletarier. Das Schreien der Agrarier war eine ernste Bewegung, die alle Beachtung verdiente, das Rufen der Arbeitslosen ist ein von der Sozialdemokratie inszenierter Rummel.

Eine internationale Kundgebung für die Verhältniswahl.

Die britische Gesellschaft für Verhältniswahl (The Proportional Representation Society) gedachte am 18. Juli d. J. in London ein Bankett zu veranstalten, das eine Kundgebung für die Verhältniswahl sein sollte. Zum Vorsitzenden hatte die Gesellschaft den mittlerweile leider verstorbenen Lord Aveburty bestimmt, den bekannten Politiker und Schriftsteller, der sich auch in sehr verdienstvoller Weise um die Herstellung guter Beziehung zwischen England und Deutschland bemüht hat. Das einladende Komitee bildeten über 50 Mitglieder des Ober- und Unterhauses, Gelehrte und Publizisten aus verschiedenen Parteien, Angehörige des Adels, Bürgerliche und Arbeiterführer. Die Verhandlungen über die dreijährige Dienstzeit in der französischen Deputiertenkammer hätten es aber manchen französischen Anhängern der Verhältniswahl unmöglich gemacht, bei dem Festmahl zu erscheinen, und aus diesem Grunde mußte dieses verschoben werden. Nun ist dafür der 3. Dezember bestimmt worden.

Aus Deutschland hat zu dem Anlasse eine Anzahl deutscher Politiker an die britische Gesellschaft für Verhältniswahl ein Sympathieschreiben gesandt, das wir nachstehend im Wortlaut und mit seinen Unterschriften wiedergeben:

> An die Proportional Representation Society
>
> London.
>
> Zu Ihrer internationalen Kundgebung entbieten wir Ihnen den Gruß deutscher Freunde der Verhältniswahl und geben unseren Sympathien für die gemeinsame Sache Ausdruck, deren überzeugte und entschlossene Vorkämpfer Sie im britischen Reiche sind.
>
> In Deutschland ist die Bewegung für die Verhältniswahl erst spät aus dem Gebiete der theoretischen Diskussion in die Sphäre praktischer Erfolge eingetreten. Erst in diesem Jahrhundert fand die proportionale Vertretung in der Gesetzgebung Aufnahme. Nun aber hat sie Fuß gefaßt, und wenn sie auch Niederlagen erlebte und nur langsam über Gewohnheit und Vorurteil siegt, macht sie doch stetig Fortschritte, die zu neuen Anstrengungen ermuntern.
>
> Für einen Teil der Parlamentswahlen ist die Verhältniswahl in der Freien Stadt Hamburg und im Königreich Württemberg

eingeführt worden. Für einen Teil der Mitglieder von Gemeindevertretungen und Gemeindeverwaltungen findet sie Anwendung in den größeren Gemeinden der Königreiche Bayern und Württemberg und des Großherzogtums Baden, und die Gemeinden haben das Recht, sie einzuführen, im Großherzogtum Oldenburg, wo die Stadt Delmenhorst von dieser Fakultät Gebrauch gemacht hat.

Durch Reichsgesetze hat sie Geltung teils fakultativ, teils obligatorisch für die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu wählenden Beisitzer der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte. Diese Gerichte sind Sondergerichte auf dem Gebiete des gewerblichen und kaufmännischen Arbeitsvertrages.

Ihre größten Erfolge hat die Bewegung für die Verhältniswahl bei uns errungen in den Organisationen der sozialen Versicherung. Sie ist hier obligatorisch für die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten bei den Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. Auch ist sie obligatorisch für die Wahl der Vertreter zu allen Organen der neulich geschaffenen Versicherung der Angestellten in privaten Betrieben.

Nach einem preußischen Gesetze können auch die Sicherheitsmänner und der Arbeiterausschuß in Steinkohlen-, Braunkohlen-, Erz- und Kalisalzbergwerken durch Verhältniswahl gewählt werden.

Ferner mag erwähnt sein, daß mehrere städtische und große private Betriebe die Verhältniswahl zur Bestellung ihrer Arbeiterausschüsse anwenden, nämlich die städtischen Betriebe in Straßburg, die Neue Photographische Gesellschaft in Steglitz (Berlin) und die optischen Werkstätten von Carl Zeiß in Jena.

Bedeutungsvoll war vor allem die Behandlung der sozialdemokratischen Resolution im Deutschen Reichstag, welche verlangte, daß die Reichsregierung baldigst einen Gesetzentwurf vorlege zum Zwecke der Einführung der Verhältniswahl für die Reichstagswahlen mit entsprechender Gestaltung der Wahlkreise. Nur mit einer Zufallsmehrheit, mit 140 gegen 139 Stimmen, ist diese Resolution abgelehnt worden. Sie hat die Zustimmung der Mitglieder verschiedener Parteien gefunden.

Indem wir uns diese Tatsachen vergegenwärtigen, hegen wir die Zuversicht, daß die Verhältniswahl noch weiter in wirtschaftlichen Verbänden und Verwaltungsbehörden, besonders aber in den Parlamenten der Staaten ihren Einzug halten wird, und wir treten mit Ihnen und den Gleichgesinnten aller Länder ohne Unterlaß für ein Prinzip ein, das in gleichem Maße im Dienste der menschlichen Gerechtigkeit wie der politischen Zweckmäßigkeit steht.

Im Juli 1913.

Dr. Braband, Reichstagsabgeordneter, Hamburg; Dr. Ernst Cahn, Schriftsteller, Frankfurt a. M.; Theodor Curti, Direktor der „Frankfurter Zeitung", Frankfut a. M.; Dr. Flesch, Stadtrat und Landtagsabgeordneter, Frankfurt a. M.; Dr. **Frank**, Reichstagsabgeordneter in Mannheim; J. Giesberts, Arbeitersekretär, München-Gladbach (Rheinprovinz); Dr. Ludwig Haas, Reichstagsabgeordneter, Karlsruhe; Wilhelm **Kolb**, Redakteur und Landtagsabgeordneter, Karlsruhe; Carl Köhl, Landtagsabgeordneter, Würzburg; Leopold Kölsch, Stadtrat und Reichstagsabgeordneter, Karlsruhe; Dr. Hermann Luppe, Bürgermeister, Frankfurt a. M.; Adolf Müller, Landtagsabgeordneter, München; D. Naumann, Reichstagsabgeordneter, Berlin; Dr. Petersen, Rechtsanwalt und Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Friedrich v. Payer, Reichstagsabgeordneter, Stuttgart; Dr. L. Quidde, Professor, Landtagsabgeordneter, München; Dr. Rößler, Professor, früher Stadtverordneter, Frankfurt a. M.; R. Rohrhurst, Stadtschulrat und Präsident der Zweiten Kammer, Heidelberg; Dr. Schwander, Bürgermeister und Mitglied der Ersten Kammer, Straßburg; **v. Vollmar**, Reichstagsabgeordneter, München.

Der Zentrumsabgeordnete Arbeitersekretär Giesberts ist auch dabei, um theoretisch sich an der internationalen Kundgebung für die Verhältniswahl zu beteiligen. Das ist für uns in Baden sehr interessant, wo das Zentrum theoretisch auch für die Verhältniswahl ist, sich praktisch aber mit Händen und Füßen sträubt, daß diese eingeführt wird. Vielleicht schreibt Herr Giesberts dem „Beobachter" einen Artikel, in dem er dem badischen Zentrum deshalb gründlich den Kopf wäscht.

Deutsche Politik.

Rückzug des Zentrums?

Die „Germania" beschäftigt sich mit den Vorgängen am Schluß der Donnerstagssitzung des Reichstags in einer Weise, die scheinbar zur Vorbereitung eines Rückzugs dienen soll. Sie schreibt:

Wir haben im Deutschen Reich kein parlamentarisches Regime und der Weg zu ihm — das werden selbst die optimistischten unter seinen Freunden zugestehen — ist noch sehr sehr weit. Die Sozialdemokraten hätten sich ja heute gern den Anschein gegeben als sei man wenigstens auf dem ersten Wege dazu. Sie liebäugeln ein wenig in diesem Sinne mit einer Vertagung des Reichstags „bis zur Erledigung der Angelenenheit", verzichteten aber doch darauf unter dem wohl weniger durchschlagenden als willkommenen Vorwand, daß ihnen die Arbeitslosenfrage zu wichtig sei, um sie weiter hinausschieben zu lassen.

Es ist nicht richtig, daß die Sozialdemokratie auf die Vertagung von sich aus verzichtet hat. Sie hat auf sie verzichtet, weil sie von den bürgerlichen Parteien nicht zu erreichen war. Hätte sich der Reichstag nach dem Mißtrauensvotum sofort vertagt, so wäre dadurch in Donaueschingen der Eindruck verstärkt worden, daß das Votum ernst zu nehmen und daß die Mehrheit entschlossen sei, aus ihm die Konsequenzen zu ziehen.

Mit der Feststellung, daß wir kein parlamentarisches Regime haben daß der Weg dazu noch weit sei, ist nichts getan. Natürlich ist die Mehrheit vom 4. Dezember nicht homogen, und sie tritt auch nicht mit dem Anspruch hervor, aus sich eine Regierung zu bilden. Die Sozialdemokraten sind sicher die letzten, die an die Teilnahme an einer solchen Regierung denken. Damit ist aber nicht der Anspruch des Reichstags aus der Welt geschafft, daß an die Stelle eines Kanzlers, mit dem er sich nicht versteht, ein anderer treten möge, mit dem er sich besser versteht. Die Parteien, die diesen Anspruch des Reichstags nicht mit der nötigen Entschiedenheit vertreten, schädigen das Recht und die Würde der Volksvertretung, und das Volk wird sie verurteilen.

Ministerpräsident Hertling gegen den freireligiösen Unterricht.

Nach dem Erfolg in der Königs- und Zivillistenfrage hat Herr v. Hertling am Samstag im bayerischen Landtage ganz seine Selbstgefälligkeit wiedergefunden. So widmete er der Abgeordnetenkammer eine recht ausführliche Vorlesung über die Notwendigkeit und die Vorzüge einer ultramontanen Regierung, die zugleich es leugnet, daß sie ultramontan ist. Vor Hertling sprach der bayerische Bauernbündler Eisenberger gegen die Verquickung von Religion und Politik, mit der das Zentrum arbeitet. Herr v. Hertling entwickelte dann ein ultramontanes Regierungsprogramm allerschärfster Art, wiederholt von Gelächter und Unruhe der Linken unterbrochen und nicht übermäßig laut vom Zentrum bejubelt. Zum Schluß stellte Herr v. Hertling dieses Programm ausdrücklich unter den Schutz des Königs, dessen Absichten das solidarisch haftende Ministerium Hertling lediglich ausführe. Hertling beteuert, er regiere ganz objektiv. Wann und wo, so ruft er ebenso pathetisch wie sorgfältig vorbereitet aus, sind unter meiner Amtsführung Rechte anderer Konfessionen beeinträchtigt worden? Wann und wo ist die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit beeinträchtigt worden? Wann und wo sind die Freunde der nichtkatholischen Richtung unter meiner Amtsführung einseitig zurückgesetzt worden? Wann und wo sind die Freunde meiner Weltanschauungen von mir einseitig begünstigt worden? — Sofort aber beantwortet Hertling diese Fragen selbst. Das Zentrum fordere dringend, Verbot des freireligiösen Unterrichts, von dem es Ansteckungsgefahr fürchtet. — Das geht nicht, erklärt der Ministerpräsident, das wird durch die Verfassung verboten. Man kann Kinder freireligiöser Eltern nicht zwingen, konfessionellen Religionsunterricht zu nehmen, aber man kann den freireligiösen Unterricht zwingen, konfessionell zu sein. Die staatliche Genehmigung für den freireligiösen Unterricht bedeutet nicht, daß er in irgend einer Weise als gleichberechtigt oder als Ersatz für den christlichen Religionsunterricht zu gelten habe. Keine Philosophien sind geeignet, eine Grundlage für die Erziehung der Kinder abzugeben; dazu ist nach den Erfahrungen der Jahrhunderte nur das Christentum befähigt. Und Hertling fügt hinzu: Wenn sich herausstellen sollte, daß in einem freireligiösen Unterricht Theorien vorgetragen werden, welche für die unreifen jugendlichen Gemüter ungeeignet sind, welche den Zweck hätten, die letzten Grundlagen allen gesellschaftlichen Lebens, den Glauben an Gott, den Glauben an eine sittliche Weltordnung, den Glauben an eine Vergeltung im Jenseits zu rauben, dann würde ich meinen, daß ein solcher Unterricht nicht geduldet werden darf. Wenn sich herausstellen sollte, daß in die Einheitlichkeit der Erziehung der Kinder ein Zwiespalt gebracht wird, daß die Kinder, die diesen Unterricht besuchen, dann mit den Phrasen des überlebten Christentums und von der Notwendigkeit der Selbstbestimmung hausieren gehen, und ihren Mitschülern das Vertrauen zu ihrem Religionsunterricht nehmen, dann müßte im Interesse der einheitlichen Erziehung ebenfalls eingeschritten werden. — Auf der linken Seite fand dieses naive Bekenntnis zu rohestem Gewissenszwang und verwerflichsten Terrorismus heftigsten Widerspruch. In der Tat bedeuten diese Ausführungen nichts anderes als die Drohung, das nun einmal durch die Verfassung gewährleistete Recht auf freireligiösen Unterricht dadurch zu umgehen, daß man den freireligiösen Unterricht selbst zwingt, sich den christlichen Dogmen zu unterwerfen, und außerdem einschreiten will, wenn sich irgend eine Spur von Beeinflussung durch freireligiöse Kinder zeigen sollte.

Ein Schutzverband gegen die „Versicherungsseuche".

Die Großindustriellen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet machen fortgesetzt die größten Anstrengungen, einerseits jeden Ausbau des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung zu hintertreiben, andererseits aber einen „genügenden" Schutz der Arbeitswilligen zu erzielen. Besonders die Eisenkönige lassen nichts unversucht, um das „drohende" Verbot der 24stündigen Wechselschicht in den Hochofenbetrieben hintanzuhalten. Die Mittelstandsverbändler bleiben in der Hetze gegen die Sozialreform nicht zurück. In ihrer zweiten Vollversammlung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, Landesausschuß Rheinland und Westfalen sprach am Sonntag in Essen Geheimrat Vorster über „Die Stellung der Industrie zur Gemeinschaftsarbeit". Nachdem er den Hansabund und seine „Erfolge" in der Vertretung der Mittelstands-Interessen lächerlich gemacht, empfahl er die neue Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie, Landwirtschaft und Mittelstand als Retter in der Not. Das wichtigste war ihm aber die Gründung eines Schutzverbandes gegen die Sozialpolitik. Mit kräftigen Seitenhieben auf die jüngsten Beschlüsse der „Gesellschaft für soziale Reform" zog er gegen die Lasten vom Leder, die die Sozialversicherung den Unternehmern auferlege. „Ich sehe keinen Grund für diese Versicherungsseuche, die bei uns in Deutschland eingetreten ist", rief der Redner nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" aus. Und über die von der Gesellschaft für soziale Reform empfohlenen „Lohntarife und Einigungsämter" sagte er: „Wir alle wissen, daß die Arbeiter, wenn sie in den Ausstand treten, auf Tarife und Einigungsämter pfeifen. Lohntarife sind bei der Industrie nicht möglich, da die Lohnverhältnisse von den Schwankungen der Konjunktur abhängig sind." Dies und alles, was sonst noch an rücksichtsloser und egoistischer Scharfmacherei, besonders hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung geleistet wurde, erhielt seine Krönung durch das Telegramm an den Kaiser, worin dessen allergnädigste Förderung aller berufsständischen Gemeinschaftsarbeit zum besten der Mittelstandsexistenzen erbeten wird, „als eines wirksamen Mittels gegen Unzufriedenheit und Erschütterung des gesamten Staatswesens."

Badische Politik.

Dem Zentrum kanns niemand recht machen.

Es ist eine „alte Jacke" wie man zu sagen pflegt: das Zentrum braucht die Verleumdung der Sozialdemokratie unter allen Umständen. Erst heulmeiert es heuchlerisch, daß man keinen Sozialdemokraten ins Präsidium wählen könne, weil er die sogen. „höfischen Verpflichtungen" nicht übernehmen wolle. Jetzt hat Gen. Geiß als 1. Vizepräsident sich ebenfalls in der Liste im Schloß eingezeichnet. Jetzt ist es auch wieder nicht recht. In der gesamten Zentrumspresse wird ihm jetzt dieser Akt als Heuchelei ausgelegt. Die „Konst. Ztg." schreibt dazu sehr treffend:

Dem Zentrum kanns niemand recht machen. Vor der Präsidentenwahl zur 2. Kammer tobte das Zen-

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

5 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Plötzlich schien es mir, als hörte ich eine dumpfe Stimme aus der Wand heraus meinen Namen rufen.

„Chorenne! Chorenne! Herr Chorenne!"

Vor mir, in der Ecke meiner Zelle, stand eine große schwarze Gestalt mit zackigem Helm und boshaftem Gesicht, das zu grinsen schien — es war der Ofen —, und innen, aus diesem Ofen heraus, tönte die Stimme, die mich rief.

Mit einem Ruck stand ich auf den Füßen. „Wer ruft mich?"

„Heben Sie den gußeisernen Deckel vom Ofen ab," sagte die Stimme. Ich tat es.

„Nehmen Sie das kleine Paket, öffnen Sie es und lesen Sie den Zettel. Dann schließen Sie den Deckel wieder. Auf Wiedersehen und — Vorsicht!"

Eine knochige Hand erschien hinten im Ofen und hielt mir ein kleines graues Paket hin. Ich nahm es und setzte den Deckel wieder auf den Ofen. Dies alles war das Werk von Sekunden gewesen.

Noch halb verschlafen reibe ich mir die Augen. Träume ich denn? Was soll das alles bedeuten? Ich öffnete das Paket. Es enthält einen Spiegel, einen Bleistift, sechs weiße Briefbogen, ein Haarbürstchen und einen Brief.

„Armer französischer Freund, ich bin annektierter Lothringer. Während ich in Köln in Garnison stand, wurde ich wegen „Widersetzlichkeit im trunkenen Zustand" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Mein Amt hier im Gefängnis ist das des „Kalfaktors, d. h. Mädchen für alles" hier auf dem Korridor, wo Sie wohnen. Ich habe gehört, wie der Aufseher einem Kollegen Ihre Geschichte erzählt hat. Ich weiß jetzt alles. Sie können auf mich zählen., Die beiliegenden kleinen Sachen werden Sie brauchen können. Verstecken Sie sie nur gut. Mit Bleistift und Papier können Sie mir schreiben. Legen Sie Ihre Briefe immer unten in den Ofen. Sie haben ja gesehen, daß seine Feuerstelle auch ein Türchen nach dem Korridor hat. Auf dem Korridor kann ich nach Belieben herumgehen. Herzlichen Gruß. Ich unterzeichne nicht, aus Vorsicht."

Welch unerwartetes Glück! Also bin ich doch noch nicht von aller Welt verlassen!

Der Gedanke, daß der Schreiber des Briefes von der Gefängnisverwaltung angestellt sein könnte, um mich auszuholen, kam mir keinen Augenblick. Der große magere Kerl mit dem prächtigen Schnurrbart und dem offenen Blick, der mir immer mittags die Suppe brachte, nein, der konnte kein Verräter sein.

Ganz aufgeregt wanderte ich in meinen zwei Zellen hin und her und überlegte, zu was mir der Kalfaktor behilflich sein könnte. Es schien wirklich, als dürfe er frei im ganzen Gefängnis herumgehen. Zunächst handelte es sich bei mir darum, meine Freunde in Paris von meiner Verhaftung in Kenntnis zu setzen. Sie waren mit beteiligt gewesen an den Verhandlungen mit dem deutschen Ingenieur Puffer, dem Erfinder eines Feldgeschützes, und ich war jetzt überzeugt, daß mich die preußische Regierung, die von diesen Verhandlungen und den Zusammenkünften mit Puffel erfahren hatte, nur deswegen hatte verhaften lassen. „Das Briefgeheimnis ist verletzt worden, und Puffel sitzt jetzt im Gefängnis wie ich. Aber Margot? Warum hatte man auch Margot verhaftet?" Diese letzte Frage stellte ich mir wieder und immer wieder und fand doch keine Antwort darauf.

Ihr Schicksal und das Puffels quälten mich mehr als mein eigenes.

Nachdem ich für all die kleinen Dinge, die der Lothringer mir geschenkt hatte, ein Versteck gefunden hatte, schrieb ich ihm:

„Lieber Freund! Ich danke Ihnen von ganzem Herzen und hoffe, daß ich Ihnen später einmal meine Dankbarkeit beweisen kann. Jetzt bin ich es, der Ihre Hilfe und Ihre Freundschaft nötig hat. Können Sie mir einen Brief auf die Post besorgen? Gibt es keine Möglichkeit, von hier zu entfliehen? Freundschaftlichst Ihr . . . ."

Ich legte den Brief in den Ofen und fing wieder an, rein mechanisch von einer Zelle in die andere zu laufen. Drei Stunden später kratzte es an meiner Tür und die Stimme des Kalfaktors flüsterte:

„Meine Antwort liegt im Ofen."

Sie lautete:

„Ein Ausbrechen aus Klingelputz ist absolut unmöglich. Aber ich glaube, daß ich Ihre Freunde benachrichtigen kann. Drei Zellen von Ihnen entfernt wohnt ein gewisser Lengsdorff, der schon wochenlang in Untersuchungshaft sitzt. Ihm kann man unbedingt vertrauen. Er bekommt oft Besuch von Frau und Tochter, die in Brüssel wohnen, und vielleicht würde er sich dazu verstehen, Ihren Brief beim nächsten Besuch seiner Frau zuzustecken. Wollen Sie, daß ich ihn frage?"

Am Abend, als der Wärter und der Kalfaktor mir meine Suppe brachten, machte ich heimlich eine bejahende Bewegung mit dem Kopf und flüsterte:

„Fragen."

Als ich am nächsten Morgen die Treppe hinunter ging um im Gefängnishof eine halbe Stunde frische Luft zu schöpfen, stieß jemand im Vorbeilaufen wider mich und drückte mir rasch die Hand. Zugleich fühlte ich einen Gegenstand und drückte schnell meine Faust zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 8. Dez. 14. Vorst. außer Abonnement. **„Der Ring des Nibelungen", 1. Tag. „Die Walküre"** in 3 Akten von Richard Wagner. Siegmund: Richard Schubert vom Königl. Theater in Wiesbaden a. G. Anfand 6 Uhr, Ende nach ¼11 Uhr.

Dienstag, 9. Dez. A. 24. **„Kabale und Liebe"**, ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen ½11 Uhr.

Donnerstag, 11. Dez. 15. Vorst. außer Abonnement. **Erstes Gastspiel des Kammersängers Heinrich Knote. „Der Ring des Nibelungen. 2. Tag. „Siegfried"** in 3 Akten von Richard Wagner. Siegfried: Heinrich Knote a. G. Anfang 6 Uhr, Ende nach ½11 Uhr.

Freitag, 12. Dez. B. 28. **„Graf Pepi"**, ein Lustspiel aus dem Jahre 1866, 3 Akten von Seudeck u. Halm. Anfang ½8 Uhr, Ende gegen ½10 Uhr.

trum gegen die etwaige Wahl eines Sozialdmokraten als Vizepräsidenten, und zwar sei ein solcher für dieses Amt nicht geeignet, weil er sich weigern werde, dem Großherzog die schuldige Referenz zu erweisen. Am Dienstag begab sich nun das Präsidium der 2. Kammer ins Schloß und in das Palais des Prinzen Max, um, wie üblich, die Namen der Präsidiumsmitglieder in die dort aufliegenden Listen einzuzeichnen. Auch der sozialdemokratische Vizepräsident Geiß beteiligte sich. Man sollte nun meinen, die Zentrumspresse sei darüber erfreut. Allein das Gegenteil trifft zu. Der Abg. Geiß hat es dem „Bad. Beob." auch so nicht recht gemacht. Der sozialdemokratische Vizepräsident hat nämlich auf diese Weise der schwarzen Presse ein gutes Stück Agitationsstoff weggenommen.

Die Zentrumspresse mag sich beruhigen. Die sozialdemokratische Fraktion trifft ihre Entschließungen so, wie es ihr nach Lage der Sache geboten erscheint. Die Heulmeierei des Zentrums läßt uns kalt. Alle Welt weiß ja, daß doch nur eine Heuchelei dahinter steckt.

r. Aus dem 7. Reichstagswahlkreis

schreibt man uns: „Der Kampf ist aus, es lebe der Kampf!" Dieser Wahlspruch gilt jetzt besonders im 7. badischen Reichstagswahlkreise, der vor einer folgenschweren Entscheidung steht. Die bürgerlichen Parteien, Zentrum und Liberale, werden wieder in den Wahlkampf treten und um die Siegespalme ringen. Ob die alten Kandidaten von 1912 wieder in Betracht kommen, ist sehr fraglich. Herr Schüler vom Zentrum hat aus Gesundheitsrücksichten für den Landtag zu kandidieren abgelehnt. Ob seine Gesundheit für einen Reichstagswahlkampf besser steht, bleibt dahingestellt. Für die Liberalen soll, wie man hört, Herr Kölsch wieder kandidieren, trotzdem man auch schon andere Namen, wie Herr Dr. Dietrich-Kehl und Oekonomierat Huber-Offenburg als Kandidaten nannte. Die sozialdemokratische Partei wird ihre Entscheidung, ob sie in den Wahlkampf eintritt, am 14. Dezember in ihrer Kreiskonferenz treffen und die Aufstellung des Kandidaten vornehmen. Gewehr bei Fuß zu stehen, wird nicht angängig sein, wir würden dadurch dem Zentrum zu einem billigen Triumph verhelfen, indem es dann im ersten Wahlgang glatt siegen würde. Wir haben alle Ursache, nach unserem Stimmenrückgang bei den Landtagswahlen erst recht zu agitieren und selbstredend im ersten Wahlgang selbständig vorzugehen und unsere Forderungen und Bestrebungen unter das Volk zu bringen, und dazu ist eine Wahlkampagne am besten geeignet. Der Wahlkampf wird ein sehr heißer werden, wie sich noch nie einer im Wahlkreise abgespielt hat. Das Zentrum, die schwarzen Parteisekretäre und Waldmichelblätter werden, nach dem letzten Landtagswahlkampf und Ortskrankenkassenwahlen zu schließen, wieder das menschenunmöglichste an Lüge und Verleumdung leisten. Dessen darf man gewärtig sein.

Ob die liberale Presse, insbesondere der klobige „Hanauer Anzeiger", wiederum, wie bei früheren Wahlen, mit der Makulatur des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie kämpft, muß abgewartet werden. Mag sie tun, was sie nicht lassen kann. Das arbeitende Volk weiß, daß es sich in sozialen Fragen auf die Liberalen ebenfowenig verlassen kann, wie auf das Zentrum. Beide Parteien können uns da gleich lieb sein. Beide sind aus kapitalistischem Holz geschnitzt nur versteht es das Zentrum besser, sich ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen und den katholischen Arbeitern sogar vorzuschwindeln daß bei ihm die Arbeiterinteressen am besten gewahrt sind. Wie aber das Zentrum die Arbeiterinteressen „vertritt", hat man bei der Reichsfinanzreform gesehen. Traurig, daß noch so viele Arbeiter trotz dieser Züchtigung dem Schwindelpanier des Zentrums Gefolgschaft leisten.

Das arbeitende Volk weiß auch, daß in der für Deutschland wichtigsten Frage der Rüstungspolitik alle bürgerlichen Parteien, von den Konservativen bis herunter zu den Fortschrittlern unter einem Hut sind.

Auf der einen Seite legen sie dem unter den horrenten Lebensmittelpreisen schmachtenden Volke immer neue Steuern auf und erfüllen mit Hurra alle Forderungen des nimmersatten Militarismus und auf der anderen Seite haben sie für wichtige soziale Forderungen, wie z. B. die Arbeitslosenfürsorge, nur platonische Liebe übrig. Solche widersinnigen Zustände sollten auch dem Blödesten die Augen öffnen. Die Sozialdemokratie muß in dem bevorstehenden Wahlkampf in Wort und Schrift bis ins kleinste Dorf hinein diese unhaltbaren Zustände und ihre Förderer gebührend brandmarken. Auf in den Kampf!

Nachklänge zur Kreistagswahl in Altlußheim, Neulußheim und Ketsch.

Die Abgeordnetenwahl in diesem Bezirk hat einen interessanten Verlauf genommen. Bei der Wahlmännerwahl wurden in Altlußheim 10 Sozialdemokraten, in Neulußheim 9 Fortschrittler und in Ketsch 11 Zentrumsleute gewählt. Die Linksparteien führten unter sich eine Verständigung herbei, nach welcher der Abgeordnete den Fortschrittlern und der Ersatzmann und zufiel. Das Zentrum wußte, daß es mit einer ausgesprochenen Zentrumskandidatur Fiasko machen würde und die schwarzen Herrschaften kamen auf den Einfall, den Amtsvorstand vom Bezirk Schwetzingen, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Asal, aufzustellen. Sie glaubten mit ihrer Amtsmannskandidatur einen Erfolg erzielen zu können. Bei den Wahlmännern von Altlußheim und Neulußheim hat aber eine derartige Kandidatur keinen Eindruck gemacht, sie ließen den Gr. Amtsvorstand von Schwetzingen, den früheren Fürst von Ettlingen, glatt durchfallen.

Aus dem Staatsvoranschlage.

Der Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts enthält im ordentlichen Etat an Ausgaben 19 469 819 M, die sich verteilen auf das Ministerium mit 342 430 M auf den Kultus mit 1 153 632 M (davon 615 424 Mark auf den römisch-katholischen, 42 250 M auf den altkatholischen, 473 518 M auf den evangelischen, 22 440 M auf den israelitischen Kultus). Auf das Unterrichtswesen: Universität Heidelberg 1 370 100 M, Universität Freiburg 1 166 200 Mark, Technische Hochschule in Karlsruhe 616 500 M, höhere Schulen 3 447 000 M, Volksschulwesen 10 568 710 M, Erziehungs- und Unterrichtsanstalten für nicht vollsinnige Kinder 301 300 M, besondere Einrichtung für die Lehrerbildung 28 300 M, Jugendpflege 15 000 M.

Der Außerordentliche Etat enthält Forderungen in Höhe von 2 425 800 M, darunter Bauforderungen für unsere drei Hochschulen, für den Neubau eines Gymnasiums in Lahr, für den Neubau einer Taubstummenanstalt in Heidelberg. Für Wissenschaften und Künste werden 396 167 M, für Außerordentliche Belohnungen und Beihilfen 21 480 M, für verschiedene und zufällige Ausgaben 43 000 M gefordert. Die Einnahmen im Unterrichtswesen werden auf 5 298 900 M geschätzt. Der Etat des Ministeriums des Innern (Hauptabteilung 4) hat im ordentlichen und außerordentlichen Etat 28 079 520 M, in den Ausgaben, darunter für die Förderung der Gewerbe und für das gewerbliche und kaufmännische Unterrichtswesen 1 745 460 M, für die Förderung der Landwirtschaft 1 159 620 M. Die Einnahmen betragen 9 624 080 M.

Der Voranschlag der Hauptabteilung 5, Finanzministerium, enthält für Ausgaben 36 197 125 M, davon für das Finanzministerium 200 730 M, für die die Landeshauptkasse 86 635 M, für das Hochbauwesen 688 920 M, für die Forst- und Domänenverwaltung 7 604 150 M, für die Salinenverwaltung 866 100 M, für die Zoll- und Steuerverwaltung 13 290 570 M, für die Münzverwaltung 47 960 M, für die Allgemeine Kassenverwaltung 4670 M, für Zuschüsse an die Eisenbahnschuldentilgungskasse 1 500 000 M, für Ruhegehalte, Hinterbliebenenfürsorge und Beihilfen 11 038 200 M, für den Allgemeinen Fonds für im Staatsvoranschlage nicht vorgesehenen Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art 25 000 M, für außerordentliche Belohnungen und Beihilfen 33 170 M, für verschiedene und zufällige Ausgaben 11 020 M. Die Einnahmen betragen aus der Forst- und Domänenverwaltung 12 267 060 M, aus der Salinenverwaltung 1 195 480 M, aus der Zoll- und Steuerverwaltung 73 870 700 M, aus der Münzverwaltung 95 090 M, aus der Allgemeinen Kassenverwaltung 6 840 660 M, zusammen 94 268 990 M. Bei der Amortisationskasse balancieren sich Ausgabe und Einnahmen mit 1 435 800 M.

Der Etat der Oberrechnungskammer enthält 128 130 M in Ausgabe und 260 M in Einnahme.

Der Etat der Verkehrsanstalten enthält für die Eisenbahnen an Ausgaben 90 276 200 M, an Einnahmen 123 889 [illegible] M, also einen Ueberschuß von 33 612 800 M (gegen 29 012 000 M im Vorjahre). Bei der Bodenseeschiffahrt betragen die Einnahmen 475 300 M, die Ausgaben 483 300 M, bei den Kraftwagenlinien betragen Ausgaben und Einnahmen 134 000 Mark. An den Reineinnahmen aus der Main-Neckarbahn hat Baden einen Anteil von 935 000 M, hiervon gehen die Ausgaben mit 79 200 M ab, sodaß eine Eeineinnahme von 855 800 M verbleibt. Für das Murgwerk betragen die Ausgaben 9 000 000 Mark, die Einnahmen für 1 Jahr 1000 M.

Das badische Schulwesen im Voranschlage des Kultusministeriums.

In den Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts wird eine größere Reihe neuer Stellen angefordert, die zur Verbesserung des bestehenden ungünstigen Verhältnisses der etatmäßig angestellten wissenschaftlich gebildeten Lehrer zu den nichtetatmäßigen Lehrern dienen sollen. Für die Volksschulen werden u. a. angefordert 51 (bisher 36) Schulleiter (Rektoren), ferner 1456 (bisher 1282 Hauptlehrer und Hauplehrerinnen in den der Städteordnung unterstehenden Städten und 3027 (bisher 2837) Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen an den übrigen Volksschulen.

Einen ziemlich erheblichen Zuschuß in Höhe von 29 400 Mk. (10 000 Mk. mehr als bisher) soll für das Haushaltungsseminar des Badischen Frauenvereins zur Ausbildung von Haushaltungslehrerinnen, zur Abhaltung von Wanderkochkursen, sowie für Haushaltungsschulen geleistet werden. Die Räume des bisherigen Hauhaltungsseminars haben sich bei dem steigenden Besuch dieser Anstalt als unzulänglich erwiesen. Der Badische Frauenverein möchte nun die sich bietende Gelegenheit zur Erwerbung eines größeren, allen Anforderungen genügenden Anwesens benützen, kann diese Absicht bei Mangel eigener Mittel aber nur bei Erhebung der bisher bewilligten staatlichen Beihilfe verwirklichen. Deshalb sind weitere 10 000 Mk. in den Voranschlag eingestellt.

Die im letzten Staatsvoranschlag erwähnten Verhandlungen mit den nicht der Städteordnung unterstehenden Gemeinden wegen der Neuordnung der beiderseitigen Leistungen zu dem Aufwand für die Gewerbeschulen sind im Laufe der Etatperiode 1912/13 zum Abschluß gelangt. Hiernach soll mit denjenigen Gemeinden, die eine Gewerbeschule mit mindesten drei etatmäßigen Lehrern besitzen, nach Maßgabe der mit den Städteordnungsstädten vereinbarten Verträge auf prozentualer Grundlage abgerechnet werden. In Betracht kommen die Gewerbeschulen in Achern, Bühl, Durlach, Emmendingen, Lörrach, Rastatt, Villingen und Weinheim.

Der Staat hat für die oben genannten Schulen von dem durch die Schulgelder nicht gedeckten, gesamten persönlichen Aufwand 55 v. H. die Gemeinde die restlichen 45 v. H. sowie den gesamten sachlichen Aufwand zu tragen. Zur Bestreitung des persönlichen Aufwands sind zunächst die Schulgelder zu verwenden.

Die Festsetzung des Staatsbeitrages geschieht alljährlich auf Grund eines vom Stadtrat aufzustellenden und dem Gr. Landesgewerbeamt vorzulegenden beglaubigten Auszugs aus der Schulrechnung. — Die Vereinbarungen mit den übrigen mittleren und den kleineren Gemeinden sind auf der bisherigen Grundlage aufgebaut worden, um Schwankungen in den Gemeindeleistungen zu den Kosten des Lehrerpersonals so gut als möglich auszuschalten. Der bisherige ständige Staatsbeitrag ist hierbei beseitigt worden. Die Ruhe-, Versorgungs- und Unterstützungsgehalte für etatmäßige Lehrer und die Beihilfen an ausgeschiedene nicht etatmäßige Lehrer trägt bei amtlichen Gemeinden die Staatskasse allein. Der ständige Staatsbeitrag, der nun künftig wegfällt, betrug 45 600 Mk. Als Staatsbeitrag zu den Lehrergehalten (bisher unständiger Staatsbeitrag) ist die Summe von 508 600 Mk. eingesetzt.

Die in der Budgetperiode 1910/11 begonnene Errichtung etatmäßiger Hauptlehrerstellen für gewerbliche Fortbildungsschulen soll teils aus schultechnischen Gründen, teils zur Erhaltung brauchbarer Lehrer aus dem Stand der Volksschullehrer fortgesetzt werden. Von der Verwendung nicht etatmäßiger hauptamtlicher Lehrer — Unterlehrer — soll künftig nur noch insoweit Gebrauch gemacht werden, als sie zur Ueberleitung in etatmäßige Stellungen notwendig erscheint, weil ein Zurücktreten der mit erheblichen Kosten für den gewerblichen Unterricht vorgebildeten Volksschullehrer in den Volksschuldienst sonst nicht zu vermeiden ist. Zur Förderung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts enthält der Staatsvoranschlag die Summe von 88 000 Mk.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Dezember.

Am Budesratstisch: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. **Kämpf** eröffnet um 10¼ Uhr die Sitzung. Die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die

Arbeitslosenversicherung

wird fortgesetzt.

Abg. **Sosinski** (Pole) bespricht unter großer Unruhe im Hause zunächst die Maßnahmen, die die Kommunen selbst oder im Zusammenhang mit den Arbeiterorganisationen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen haben. Durch die Polengesetzgebung würden häufig die Arbeiter von ihrer Arbeitsstelle vertrieben und dadurch arbeitslos. Hier müsse durch Beseitigung der Ausnahmegesetze Wandel geschaffen werden.

Abg. **Haegy** (Els.): Wir halten eine großzügige Fürsorge für die Arbeitslosen für notwendig und erklären uns bereit, an dem Entwurf einer solchen Fürsorge mitzuarbeiten.

Abg. **Mumm** (wirtsch. Vgg.): Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter müßte nur zugelassen werden bei Arbeiten, für die die deutschen Arbeiter nicht zu haben sind. Vor allem sollten die preußischen Bauverwaltungen nur deutsche Arbeiter beschäftigen. Auch die Grubenherren würden wirklich national handeln, wenn sie die ausländischen Arbeiter entlassen würden.

Unterstaatssekretär Dr. **Richter**: Bei vollster Sympathie für den Verein für innere Kolonisation ist es jedoch nur möglich, den vorhandenen Fonds soweit für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, als es die Bestimmungen des Kaligesetzes zulassen.

Abg. **Brandes**-Halberstadt (Soz.):

Es würde eine Kränkung meiner Partei sein, der ich mich nicht schuldig machen will, wenn ich mich mit Herrn Mumm über unser Programm stritte. Andere Kollegen des Herrn Mumm haben erklärt, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung viel weniger dem Erfordernis der Kirche entspreche als die sozialdemokratische. Freilich waren, als unsere Kollege Silberschmidt und der Staatssekretär sprachen, die rechte Seite des Hauses und alle Bänke der bürgerlichen leer. Wir selbst waren während der ganzen Sitzung auch nicht vollzählig anwesend, aber wir konnten auch den Saal verlassen, als Herr Giesberts sprach, denn er hielt ja eine Wenn- und Aber-Rede, deren Ton wir kannten. (Zurufe: Wir kennen Ihren Ton auch, wir konnten draußen bleiben.) Das Volk wird schon die Antwort geben, wenn es hört: Es wird auch jetzt nichts geschehen. Was soll nun werden, wenn die Arbeitslosigkeit noch größer wird? Die Regierung und die Konservativen wollen freilich die Arbeitslosigkeit und wünschen sie, weil der Arbeiter, der eigene Lebenssorgen hat, sich weniger um Politik und Eroberung von Rechten kümmert. Die Regierung will mit der herrschenden Klasse die Arbeitslosigkeit als Geißel benutzen. Das große Heer der Arbeitslosen ist die schlimmste Anklage gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, und weil wir Ordnung in dieses Chaos bringen wollen, deshalb sind wir Umstürzler und Feinde der Ordnung. In der Zeit der Arbeitslosigkeit sinken die Ziffern der Eheschließungen und der Geburten. Die Furcht vor der Teuerung und der Arbeitslosigkeit hat die Arbeiter gelehrt, dem Beispiel der Besitzenden zu folgen und ihre Kinderzahl zu vermindern.

Kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne

sind Forderungen des deutschen Arbeiters, die die Arbeitsleistung nicht sinken, sondern steigen lassen. Man bevorzugt aber bei uns Ausländer als Lohndrücker und holt sie zu diesem Zweck mit vielen Agenten aus dem Ausland herein. Die Arbeitslosigkeit ist erschreckend gestiegen. Von Arbeitsscheuen zu sprechen, ist abgeschmackt. Sie finden sich mehr in anderen als in Arbeiterkreisen. Sehen Sie doch den Prozeß der Gräfin Fischler-Treuberg an. (Sehr richtig!) Bei Staatslieferungen muß von den Firmen gefordert werden, daß sie, bevor sie zu Arbeiterentlassungen schreiten, eine Verminderung der Arbeitszeit vornehmen. Die Rücksichtslosigkeit der Arbeiterentlassung anläßlich der Reservebübungen und ähnliches ist mit schuld an der Arbeitslosigkeit. Wir freuen uns über die Notbehelfe, die getan sind, aber es muß mehr geschehen. In der Stadt Gent ist ein Rückgang der Arbeitlosen zu verzeichnen gewesen. Das ist doch ein Erfolg der Arbeitslosenversicherung. Wenn der Staatssekretär sagte, in England gilt auch die Arbeitslosenversicherung nur für 2½ Millionen, so hätte ich erwartet, daß er sagte: Wir wollen sie für diese Zahl wenigstens auch bei uns einmal einführen. Das geschah aber nicht. Auch wir bedauern die Landflucht sehr. In einer sozialistischen Gesellschaft wird man davon nicht reedn können. Aber sie kommt aus dem Wohnelend der junkerlichen Gefilde. Es ist unrichtig, daß der Staatssekretär gesagt hat, die Arbeitslosen würden Arbeit, die ihnen nicht liegt, ablehnen. Nein, die Leute arbeiten gern alles, was man ihnen gibt. Es muß endlich einmal etwas geschehen, damit die Zeit, wo die Gemeinden und der Staat sich gegenseitig die Verantwortung und die Sorge zuschieben, vorübergeht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Es folgt die Interpellation der Konservativen, betreffend die

Dienstbotenversicherung.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation zu beantworten.

Abg. Graf **Westarp** (kons.) führt aus: Die am 1. Januar in Kraft tretende Versicherung stößt auf große Schwierigkeiten. In manchen Landbezirken ist es nicht möglich, Verträge mit den Aerzten zustande zu bringen. Die Gründung neuer Ortskrankenkassen begegnet großen Schwierigkeiten. Die großen Güter in den östlichen Provinzen haben mit den Aerzten feste Verträge zur Behandlung der Arbeiter und ihrer Angehörigen abgeschlossen. Während die Familien jetzt Anspruch auf freie ärztliche Behandlung haben, würden sie am 1. Januar dieser Hilfe verlustig gehen. Als meine Partei bei der Schaffung von Landkrankenkassen auch für die Dienstboten eintrat, wurde sie scharf kritisiert. Jetzt haben einige Vororte von Berlin Landkrankenkassen für die Dienstboten errichtet mit dem Erfolg, daß die Beiträge die Hälfte höher sind als in Berlin selbst.

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Die Ausführung der Reichsversicherung ist Sache der Landeszentralbehörden. Mit diesen hat der Reichskanzler vereinbart, daß der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes der 1. Januar 1914 sein soll. Von keiner Seite wurde dagegen Einspruch erhoben. Man sollte auch meinen, daß die Zeit von 2½ Jahren ausreichend gewesen wäre. (Zustimmung links.) Die Gemeinden hätten schon früher von der Befugnis, Ortskrankenkassen für die Dienstboten mit besonderen Lohnklassen einzurichten, Gebrauch machen sollen. Einen Anlaß, das Inkrafttreten des Gesetzes hinauszuschieben, habe ich nicht. Dazu können auch die Schwierigkeiten zwischen den Aerzten und den Krankenkassen nicht bestimmen. Ich hoffe immer noch, daß es rechtzeitig zu einer Einigung zwischen den Parteien komme. Eine Erörterung der Frage würde nur Oel ins Feuer gießen.

Auf Antrag des Abg. Westarp (kons.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Giebel** (Soz.):

Auch wir haben mit der Krankenversicherung eine unangenehme Erfahrung gemacht. Die Schwäche scheint uns aber bei der Reichsversicherung überhaupt zu liegen. Es gilt vor allem, die bedrohten Selbstverwaltungsrechte zu schützen. Ueber die Notwendigkeit der Reichsversicherung wagt man auf konservativer Seite nicht mehr zu streiten, nur über das Maß der Leistungen sind die Konservativen entrüstet. Die Mißstimmung der Hausfrauen dabei scheint mir eher bestellte Arbeit des Berliner Abonnementsvereins zu sein. Die Konservativen haben es nur auf die Verschlechterung der Gesetzgebung abgesehen und die lehnen wir selbstverständlich ab. Der Bundesrat ist gar nicht berechtigt, den Termin hinauszuschieben. Wie es mit der Krankenkasse auf dem Land aussieht, wissen wir zur Genüge. Das Uebereinkommen der Landkrankenkassen mit den Aerzten mag schwierig sein; das kann uns aber nicht veranlassen, eine Hinausschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes zu befürworten.

Abg. **Beck**-Arnsberg (Zentr.): Die Landkrankenkassen bieten keine größeren Schwierigkeiten in Bezug auf die Aerztebeschaffung als die Ortskrankenkassen. Eine Hinausschiebung des Gesetzes können wir nicht empfehlen.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Dienstag, 2 Uhr: Kurze Anfragen, Reichshaushaltsetat.

*

Berlin, 6. Dez. Die auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Paris am 17. Juni 1912 von den Bevollmächtigten Deutschlands und 30 Staaten unterzeichnete Uebereinkunft betreffend Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber ist nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats dem Reichstag zur Genehmigung zugegangen.

Der Militär-Skandal in Zabern.

Der Statthalter verlangt volle Genugtuung. Der Straßburger Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ hat angeblich von genau unterrichteter Seite erfahren, daß der Statthalter Graf Wedel bereits Ende letzter Woche seine Demission unterbreitet hat, die aber vom Kaiser damals nicht angenommen wurde. Inzwischen sei die Verstimmung des Statthalters, aus der er gar kein Hehl machte, noch stärker geworden, insbesondere durch die Behandlung der Zaberner Affäre durch die Reichsregierung im Reichstag. Vor allem entmutigte ihn die in Elsaß-Lothringen ganz allgemein mit Entrüstung vernommene Tatsache, daß der Reichskanzler sich in seiner Rede stets nur auf die Berichte der Militärverwaltung gestützt hat, und wenn der Reichskanzler mitteilte, er habe auch die Berichte der Zivilverwaltung genau gekannt, so betrachte der Statthalter es als eine Zurücksetzung, daß der Reichskanzler im Reichstag nur den Bericht der Militärbehörde verlesen hat, nicht aber auch den der Zivilverwaltung. Graf Wedel sei daher entschlossen, seine Demission zu geben, falls nicht der Zivilverwaltung volle Genugtuung geschehen würde.

Protestkundgebung gegen die Militärdiktatur. In Kottbus nahm eine Volksversammlung einstimmig eine Protestresolution an gegen die Provokation des Volkes, gegen die Rechtsverletzungen und gegen die Militärdiktatur durch Kriegsminister und Reichskanzler. Der Reichstag wird aufgefordert, eine weitere Verhandlungen mit der Regierung abzulehnen, die das militärische Faustrecht über die Volksrechte stellt.

Eine Versammlung des Fortschrittlichen Vereins Treptow-Baumschulenweg erwartet, daß im Reichstag „auf dem beschrittenen Wege weiter gegangen wird und nötigenfalls mit einem Reichskanzler, der derart die Rechte des Volkes mißachtet, ein Reichstag überhaupt nicht mehr verhandelt“. — Eine fortschrittliche Protestversammlung in Schlettstadt verlangt, daß der Reichstag den Etat des Reichskanzlers und des Kriegsministers solange verweigert, bis vollkommene Sühne gegeben ist, und ersucht den elsaß-lothringischen Landtag, das Budget abzulehnen, solange, bis die Reichsregierung den Beweis erbracht habe, daß sie sich für die gefährdeten Interessen des Landes restlos eingesetzt hat.

Kanzler und Kriegsminister. Im „Berliner Lokalanzeiger“ befindet sich folgende anscheinend offiziöse Auslassung: „Während der gestrigen Reichstagsverhandlung ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß es wohl auf die Reise des Kriegsministers von Donaueschingen zurückzuführen sei, wenn die Regierung in der Zaberner Frage so wenig Zugeständnisse gemacht habe. Der Kanzler habe vor der Militärpartei kapituliert.

Wie unsinnig diese Vermutung ist, geht am besten daraus hervor, daß die Reise des Kriegsministers, wie bestimmt verlautet, im vollen Einverständnis zwischen Kanzler und Minister erfolgt ist. Sie ist im übrigen auch schwerlich ergebnislos gewesen. Die Entsendung eines Generals nach Zabern mit dem Auftrage, dort die militärischen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen, insbesondere für besseres Zusammenwirken mit den Zivilbehörden zu sorgen und eine Untersuchung einzuleiten, für deren Durchführung noch besondere Befehle ergangen sind, ist offenbar gleichfalls auf die Reise des Kriegsministers zurückzuführen. Endlich ist diese wohl auch der Ausgangspunkt für die vom Reichskanzler erwähnte Weisung an den kommandierenden General in Straßburg, daß er, wie das übrigens selbstverständlich ist, für strengste Innehaltung der gesetzlichen Schranken von Seiten der Truppen sorgen möge.“

Fortschrittliche „Vermutungen“. Die „Vossische Zeitung“ schreibt: „In Reichstagskreisen herrscht die Auffassung vor, daß Herr v. Bethmann Hollweg nicht zurücktreten werde. Vermutlich werde ein Ausweg aus der kritischen Lage in der Weise gesucht werden, daß sowohl Graf Wedel als General Deimling einen Wink bekommen werden, nicht ganz korrekt gehandelt zu haben, und daß beide nach einiger Zeit ihre Posten verlassen werden. — General v. Deimling wahrscheinlich unter Beförderung.

Wir geben diese Meldung wieder, wie sie uns zugeht, können aber die Frage nicht unterdrücken: Gibt es tatsächlich einen ernsten Politiker, der glaubt, daß der Reichstag, die öffentliche Meinung und die Bevölkerung der Reichslande eine solche „Lösung“ wirklich als Lösung und als Genugtuung für das schwerverletzte Rechtsgefühl der Nation gelten lassen würden?“

Gute Ratschläge gibt die „Kölnische Zeitung“ dem Reichskanzler für sein Verhalten in Donaueschingen. Sie schreibt: „Die Verhandlungen des Reichstags und das Echo, das sie im ganzen Lande gefunden haben, werden dem Kanzler gezeigt haben, wie weit sein Standpunkt von dem des deutschen Volkes entfernt ist. Und mit dem Verantwortungsbewußtsein, das wir an dem jetzigen Reichskanzler immer bewundert haben, wird er bei seiner Anwesenheit in Donaueschingen aus dieser Erfahrung die nötigen Folgen ziehen. Denn es ist natürlich undenkbar, daß der höchste Beamte des Staates eine Ansicht vertritt, die nicht im Gesetz und nicht im Rechtsbewußtsein des Volkes ihre Unterlagen findet. Herr v. Bethmann Hollweg wird dem Kaiser sagen müssen, daß nur ein schnelles und energisches Eingreifen der militärischen Oberleitung dazu beitragen kann, die große und breite Kluft wieder auszufüllen, die sich infolge der Uebergriffe einzelner in Zabern gebildet hat und die infolge der Billigung des militärischen Vorgehens durch den Reichskanzler sich durch das ganze deutsche Volk zu verbreiten droht.

Die Franzosen sind natürlich schuld . . . Die in Karlsruhe erscheinende „Süddeutsche konservative Korrespondenz“ hat entdeckt, daß die geheimen Triebfäden zu den Zaberner Demonstrationen gegen das deutsche Militär außerhalb des Landes liegen. Sie seien in Paris zu suchen, von wo die Propaganda für die „moralische Eroberung Elsaß-Lothringens“ betrieben werde. Französische Blätter hatten zuerst über Zabern spaltenlange Berichte gebracht, die dann in die Berliner Presse übergegangen seien. Man habe von Paris aus die Unzufriedenheit der Elsaß-Lothringer zur Siedehitze gesteigert. Seit Aufhebung des Diktaturparagraphen haben sich die Blätter französischer Sprache von drei auf zwölf vermehrt; täglich würden 10 000 aus Frankreich kommende Blätter in Elsaß gelesen. Gehe es so weiter, gelange man in absehbarer Zeit zur Monarchie oder zur Militärdiktatur. — Welch letztere natürlich das Ideal der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“ ist.

*

Es wird zum Rückzug geblasen. Aus dem Reichskanzleramt wurde Freitag abend gemeldet, daß der Reichskanzler wegen Indisposition nicht in der Lage gewesen sei, im Reichstage mitzuteilen, welche Maßnahmen der Kaiser veranlaßt habe, um den Konflikt in Zabern beizulegen. Schon seit drei Tagen liege die Kabinettsordre über die Verlegung des Regiments Nr. 99 von Zabern nach dem Truppenübungsplatze vor. Auch sei in einem Schreiben an den Reichskanzler Anweisung ergangen, daß eine sorgfältige Untersuchung nach allen Richtungen hin durchgeführt werden müsse. Durch die Kommandierung des Generalmajors Kühn sei bereits Oberst Reutter kaltgestellt worden und eine Versetzung des Leutnants von Forstner werde erfolgen. Die offiziöse Mitteilung über die Maßnahmen, die im Falle Zabern getroffen werden sollen, werde vorbereitet.

Zu der Verlegung der Zaberner Garnison bemerkt die „Straßb. Post“ u. a.: Das ist eine in das wirtschaftliche Leben der kleinen Stadt so tief einschneidende Maßregel, daß sie fast wie eine Strafe aufgefaßt werden kann. Und zwar ist das eine Strafe, die einen großen, und an den bedauerlichen Vorkommnissen ganz unschuldigen Teil der Bevölkerung trifft, denn an dem Schimpfen halbwüchsiger oder dreiviertelerwachsener Burschen gegen die jungen Offiziere hat die gewerbe- und handeltreibende Bevölkerung wie überhaupt die friedliche Bürgerschaft Zaberns nicht den mindestens Anteil. Es ist dringend zu hoffen und zu wünschen, daß diese Maßregel nur vorübergehend ist und nur so lange dauert, wie nötig ist, um einige Personalveränderungen im Offizierkorps vorzunehmen, ohne das militärische — wir wollen nicht sagen — Ansehen, sondern — „Gesicht“ zu verletzen.

*

Der Ausmarsch der 99-er.

Zabern, 6. Dez. Der Abmarsch des Infanterieregiments Nr. 99 nach dem Uebungsplatz Hagenau bezw. Bitsch fand heute nachmittag ohne den geringsten Zwischenfall bei schlechtem Wetter statt. Das Regiment zog kompagnieweise zum Bahnhof, die Fahnenkompagnie mit Musik (Muß i denn, muß i denn zum Städtele naus? D. R.) an der Spitze. Letztere wurde von Leutnant Schadt geführt. Oberst von Reutter war nicht an der Spitze des Regiments. Er begab sich von seiner Wohnung direkt zum Bahnhof. Die Abfahrt des Regiments erfolgte mit einiger Verspätung um 2.47 Uhr bezw. 3.10 Uhr. Leutnant von Forstner, der krank sein soll, ist gleichfalls abgereist.

Straßburg, 6. Dez. Die amtliche Straßburger Korrespondenz veröffentlicht folgende Erklärung: Wie bereits gemeldet, ist das 2. oberrheinische Infanterieregiment Nr. 99 soweit es seinen Standort in Zabern hatte, nach den Truppenplätzen von Bitsch und Hagenau verlegt worden. Diese Verlegung wurde verfügt, um die Möglichkeit weiterer Reibungen zu beseitigen und um Ruhe und Friede in der Stadt Zabern wieder herzustellen. Weitere Maßnahmen, die geeignet sind, der allgemeinen Erregung ein Ende zu machen, sind bereits beschlossen. Ihre Ausführung wird erfolgen nach Abschluß des zur Zeit anhängigen militärgerichtlichen Verfahrens, in dem die Verantwortung für die Vorfälle am 28. November und den darauffolgenden Tagen festgestellt werden wird und vorgekommene Gesetzwidrigkeiten ihre Sühne finden sollen. Das Verfahren wird so rasch als möglich durchgeführt werden. — Der Statthalter hat ferner durch kaiserliche Willensäußerung die feste Gewähr dafür erhalten, daß die verfassungsmäßigen Zustände künftig allgemein strenge Beachtung finden werden.

Kaiser und Kanzler.

Berlin, 6. Dez.. Eine Vertrauenskundgebung des Kaisers für den Kanzler ist, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, gestern in Donaueschingen erfolgt. Der Kaiser hat den Kanzler seines vollen Vertrauens versichert und in unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß in der nächsten Zeit ein kaiserlicher Willensakt erfolgen wird, der das kaiserliche Vertrauen für den Kanzler in voller Oeffentlichkeit ausspricht. Der Reichskanzler dürfte in seiner Etatrede am Dienstag nochmals auf die Vorfälle in Zabern zurückkommen und dem Reichstage weitere Mitteilungen über die Unterredung in Donaueschingen machen.

Leutnant Forstner und der Oberst kommen vor das Kriegs-Gericht.

Straßburg, 6. Dez. Wie der „Straßburger Post aus Zabern gemeldet wird, wird sich Leutnant von Forstner wegen des Vorganges in Dettweiler, wo er einem Verhafteten einen Säbelhieb versetzte, vor dem Krigsgericht zu verantworten haben. Oberst von Reutter soll, wie man hört, ebenfalls vor das Kriegsgericht gestellt werden wegen der am 28. November vorgekommenen widerrechtlichen Verhaftungen und Freiheitsberaubungen.

Die Reichsländische Presse.

Straßburg, 6. Dez. Von der reichsländischen Presse wird die Donaueschinger Entscheidung des Kaisers je nach ihrer verschiedenen Parteistellung verschieden beurteilt. Während die gouvernementale „Straßburger Post“ einen Erfolg und eine gewisse Genugtuung für die Zivilbehörden feststellt, meint die demokratische „Straßburger Bürgerzeitung“, daß die Nachricht aus Donaueschingen in der Bevölkerung mit gemischten Gefühlen aufgenommen werde. Die verfassungrechtlichen Fragen würden durch die ergriffene Maßnahmen in keiner Weise berührt und die das Verhalten des Militärs deckenden Worte des Reichskanzlers würden nicht im geringsten abgeschwächt. Die weit links stehende „Straßburger Neue Zeitung“ glaubt, daß der Statthalter in Donaueschingen ein Opfer gebracht habe, das nicht in seiner Nachgiebigkeit, sondern mehr in seinem wirklichen Gefühl begründet gewesen sei, das ihm dann den Vorwurf der Schwäche zugezogen habe, weil die Gegenseite ihren Standpunkt rücksichtslos vertreten habe. Das Zentrumsblatt „Der Elsässer“ will keineswegs einen Sieg der Straßburger Regierung heraufinden. Diese haben mitten im Frieden vor dem Militär kapituliert. Die sozialdemokratische „Freie Presse“ erklärt in den schärfsten Ausdrücken die getroffenen Maßnahmen für völlig ungeeignet.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

Berlin, 6. Dez. In ihrem Rückblick schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Die Erörterungen im Reichstage über die Vorgänge in Zabern haben unter dem Einflusse einer leidenschaftlichen Erregung gestanden, welche eine sachliche und besonnene Würdigung der Erklärungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers sehr beeinträchtigt hat. Manche Ausführungen beider Reden sind bei der den Reichstag beherrschenden Stimmung nicht richtig verstanden und nicht sofort richtig gewertet worden. In gewissen Teilen des Hauses hat man das, offenbar auch nicht verstehen wollen. Diesem Eindruck wird sich niemand entzogen haben, wer die Aussprüche der Sozialdemokratie und besonders einzelner ihrer Wortführer während der Rede des Reichskanzlers beobachtet hat. Hierüber wäre wohl noch manches zu sagen, wir meinen aber, der Sache mehr zu dienen, wenn wir diese Seite der Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Alles Wesentliche ist in den Reden vom Regierungstische enthalten. Der Reichskanzler hat bei seiner Aufforderung zur ruhigen Behandlung der Zaberner Vorfälle ausdrücklich betont, daß er volles Verständnis für die Erregung habe, soweit sie aus der Sorge um Recht und Gesetz hervorgehe. Ebenso hat er es an widerholten Erklärungen nicht fehlen lassen, daß die Autorität geschützt, begangenes Unrecht gesühnt werden würde. So selbstverständlich im Rechtsstaat die Sühne dem Unrecht folgt, so darf auch dem geordneten gesetzlichen Verfahren nicht willkürlich vorgegriffen werden. Weitere Entscheidungen können erst nach Abschluß des kriegsgerichtlichen Verfahrens getroffen werden.

Protestkundgebungen gegen die Militärdiktatur fanden am gestrigen Sonntag in verschiedenen größeren Städten statt. In Frankfurt a. M. sprach Reichstagsabg. Hermann Wendel vor 6000 Personen. In Straßburg sprachen die Reichstagsabgeordneten Böhle und Peirotes vor 10 000 Personen. In Groß-Berlin veranstaltete die Sozialdemokratie 17 Protestversammlungen gegen die Vorgänge in Zabern. Das Thema lautete in allen: „Militär-Anarchie statt Verfassungsrecht“. Es wurde die für alle sozialdemokratischen Versammlungen vorgesehene Resolution angenommen. In Köln und Umgebung fanden drei zahlreich besuchte, von der Sozialdemokratie einberufene Volksversammlungen statt, die sich mit den Zaberner Vorgängen beschäftigten. In einer sprach der Reichstagsabgeordnete Emmel.

*

Mülhausen, 6. Dez. Der bekannte elsässische Sozialist S. Grumbach-Paris macht in der sozialdemokratischen Parteipresse den Vorschlag, als **Protest gegen Zabern** in ganz Elsaß-Lothringen einen **vierundzwanzigstündigen Proteststreik** zu organisieren. — Den Streik als ultima ratio hat bekanntlich die Protestresolution in der Markthalle am vorvergangenen Sonntag empfohlen.

Gewerkschaftliches.

Lahr, 6. Dez. Für die streikenden Kartonnager Der Gauvorstand der Buchdrucker in Freiburg übersandte heute den ausständigen Kartonnagearbeitern **100 Mk.** als Unterstützung.

Neues vom Tage.

Konkurs einer Gewerbebank.

Gießen, 6. Dez. Die Gewerbebank in Lotlar, die durch den inzwischen verhafteten Direktor um 600 000 Mk. geschädigt wurde, ist heute vormittag in Konkurs geraten. Zwei Gläubiger, die nur mit 5000 Mk. beteiligt waren, hatten die geplante Sanierung zum Scheitern gebracht. Durch den Konkurs wird eine große Anzahl von Familien sehr hart mitgenommen.

Verzweiflungstat des Stellungslosen.

Frankfurt a. M., 6. Dez. Der 30 Jahre alte Witzler in Neu-Isenburg hat gestern abend seine beiden Kinder im Alter von 1 un 2½ Jahren urch Leuchtgas vergiftet. Um die Tat ungestört ausführen zu können, schickte er seine Frau nach Frankfurt. Als die Frau zurück kam, fand sie die beiden Kinder tot vor. Der Mann hat die Tat wahrscheinlich wegen Stellenlosigkeit begangen.

Das Wrack des L. 1 gefunden.

Hamburg, 7. Dez. Wie die Firma Johannes Thode und N. Ebeling mitteilt, hat der Fischdampfer „Lauenburg“, bei Helgoland fischend, das Wrack des Marineluftschiffes „L.1“ gefunden. Zwei große Benzintanks und Teile des Gerippes wurden geborgen. Nachdem der Fundort genau festgelegt war, kehrte der Dampfer heute nach Hamburg zurück. Die Firma setzte das Reichsmarinemt in Kenntnis. Es verlautet, daß morgen Torpedoboote mit dem Fischdampfer zusammen sich nach der Fundstelle begeben werden.

Bergwerksunglück.

Emmagrube (Kreis Rybnik), 7. Dez. Heute nacht um 3 Uhr brach in einem Gesenk der 200 Metersohle der Emmagrube ein Brand aus, dessen Ursache noch nicht aufgeklärt ist. Durch die nach der 400 Metersohle ziehenden Brandgase wurden 13 Bergleute getötet. Die Zahl der Vermißten war noch nicht festzustellen, dürfte aber voraussichtlich 3 nicht übersteigen.

Rybnik, 7. Dez. Im Laufe des Vormittags wurden die 3 vermißten Bergleute der Emmagrube als Leichen geborgen. Insgesamt sind 16 Mann dem Unglück zum Opfer gefallen. Der Brand konnte völlig gelöscht werden.

Winterwetter.

Köln, 6. Dez. Vergangene Nacht sind beträchtliche Schneefälle in den höher gelegenen Teilen des Landes eingetreten; die Temperatur sank unter Null. Die Fernsprechverbindungen nach fast allen Richtungen sind wiederum Störungen unterworfen

Harburg, 6. Dez. (Privattelegramm.) Gestern nachmittag und vergangene Nacht herrschte hier heftiges Schneegestöber. Die Berge im Hinterland zeigen heute früh ein weißes Winterkleid.

Betrugsversuch.

Berlin, 6. Dez. Heute erschien in der Hauptkasse der Dresdener Bank ein junger Mann, der einen Wechsel über 20 000 Mk mit der Unterschrift der beiden Bürgermeister und des Stadtbaurats der Stadt Köpenick präsentierte. Auf telephonische Anfrage in Köpenick stellte es sich heraus, daß eine Fälschung vorlag. Der junge Mann wurde verhaftet und als ein 19jähriger Schreiber namens Ernst Wegener festgestellt. Als Helfershelfer wurde ein früherer Angestellter bei dem Köpenicker Magistrat, der 18jährige Herbert Haak, verhaftet und ebenfalls der Kriminalpolizei übergeben.

Doppelselbstmord.

Graz, 6. Dez. Gestern nachmittag hat sich eine Tragödie abgespielt, die in den Gesellschaftskrisen lebhaft besprochen wird. Der 54jährige Baron Leopold Pfeiffer, ein mehrmaliger Millionär, vergiftete sich in seiner Villa in Gemeinschaft mit seiner Freundin, der 54jährigen Ilon von Boszay. Pfeiffer war sofort tot. Die Frau liegt lebensgefährlich darnieder. Die Ursache der Tragödie ist teils in Krankheit zu suchen, teils darin, daß Baron Pfeiffer einen Prozeß um Liegenschaften im Werte von 60 Millionen verlor.

Eisenbahnunglück.

Bukarest, 6. Dez. Ein Personenzug stieß gestern nacht in der Nähe von Gelesti mit einem Güterzug zusammen. Bei dem Zusammenstoß sind vier Personen getötet worden. Die beiden Maschinen bohrten sich ineinander. Mehrere Wagen wurden zertrümmert oder verbrannten. Der Verkehr auf der Strecke wurde heute vormittag wieder aufgenommen.

Russisches Räuberwesen.

Jekaterinodar, 6. Dez. 20 berittene Räuber haben die Besitzung des Statthalters im Kaukasus geplündert. Dabei kam es zu einem Kampf, in dessen Verlauf 11 Personen getötet und 6 verwundet wurden.

Ueberschwemmungen.

Petersburg, 6. Dez. Die Ueberschwemmung in Petersburg steigt. Der Wasserstand beträgt bereits 6½ Fuß über normal. Alle niedrig gelegenen Stadtteile stehen unter Wasser. Die Bewohner der Kellerwohnungen haben ausquartiert. Allenthalben sind Boote bereit, um während der Nacht Hilfe zu leisten. Auf der Newa wurden massenhaft Barken zerschellt. Der Schaden ist enorm.

Neuyork, 6. Dez. Eine Depesche aus Bryan in Texas meldet, daß bei der Ueberschwemmung des Brazos-Flusses fünfzig Personen umgekommen sind. Zwei Drittel davon sind Neger. Viele andere Personen befanden sich noch in großer Gefahr. In der Umgegend sind etwa tausend Personen wegen des Wassers vom Verkehr abgeschnitten. Auf eine Entfernung von 50 Meilen treibt der Fluß in einer Breite von drei bis fünf Meilen reißend dahin. Der Sachschaden wird auf 4—5 Millionen Dollars geschätzt

Kommunalpolitik.

r. **Viehzählung in Hagsfeld.** Die am 1. Dezember 1913 vorgenommene Viehzählung hatte folgendes Ergebnis: Pferde 88 (40), die Zahlen in Klammern bedeuten das Ergebnis des Vorjahres, Rindvieh 229 (192), Schweine 782 (613), Ziegen 296 (258), Federvieh 3081 (3058), Hunde 69 (62), Hasen 434 (298), Bienenstöcke 21 (21). Nach diesen Ziffern weisen alle Gattungen, mit Ausnahme der Pferde, die sich um 2 Stück vermindert haben, ein Mehr auf, welches darauf schließen läßt, daß sich die landwirtschaftlichen Verhältnisse erfreulicherweise allmählich in hiesiger Gemeinde zu heben beginnen. Das Resultat dürfte auf die günstigen Ernteverhältnisse in diesem Jahre zurückzuführen sein. Wenn solche günstige Jahre auch fernerhin für die Landwirtschaft eintreten würden, so wäre ein allgemeiner Aufstieg sicher zu erwarten.

A. **Gemeinderatswahl in Ubstadt.** Sonntag abend fand im Gasthaus zum „Ritter" eine Besprechung über die bevorstehenden Gemeindewahlen statt. Besonders scharf wurde hiebei das Verhalten der hiesigen Gemeindeverwaltung kritisiert. Auf die Bedürfnisse der Wähler nimmt dieselbe überhaupt keine Rücksicht; sie setzt die Wahlzeit einfach auf 5—7 Uhr fest. Auch, daß wegen dieses besonders für Arbeiter äußerst ungünstigen Wahltermins Einsprache beim Bezirksamt erhoben werden, bekümmert unsere Ortsverwaltung nicht, sie bestimmt einfach, wie es ihr paßt. Es wurde beschlossen, beim Bezirksamt eine zweite Beschwerde einzureichen. Hoffentlich wird nun der Ortsverwaltung das Nötige noch deutlicher gesagt. Wenn auch unser Gemeinderat keine Rücksicht nehmen zu müssen glaubt, so sollte doch das Bezirksamt in Rechnung ziehen, daß eine große Anzahl Wähler erst um ¾7 Uhr im Orte ankommen, und daß es deshalb vielen unmöglich ist, noch ihr Wahlrecht auszuüben. Und das Bezirksamt kann den Arbeitern bei der heutigen teuren Zeit doch nicht zumuten, einen halben Tagesverdienst zu verlieren, nur weil eine halsstarrige Gemeindeverwaltung sich zu einem Entgegenkommen nicht bequemen kann. Auch scheint man auf dem Rathaus mit der Gemeindeordnung nicht sehr vertraut zu sein, denn, nachdem schon die Wählerliste einige Tage auflag, wurden eine ganze Anzahl dort eingetragener Personen wieder gestrichen, weil es sich herausstellte, daß sie gar nicht wahlberechtigt sind nach der Gemeindeordnung.

r. **Bürgermeisterwahl in Ettenheim.** Gestern fand der 2. Wahlgang der Bürgermeisterwahl statt. Von 69 Wahlberechtigten stimmten 68 ab. Es erhielten Ratschreiber Marko 41 und Gemeinderat Vögele 27 Stimmen. Im ersten Wahlgang erhielt ersterer 37, letzterer 28 Stimmen. Marko ist Wirtswi llaber seine Wirtschaft nicht aufgeben, es ist deshalb ein dritter Wahlgang erforderlich. Auch die dritte Wahl verlauft voraussichtlich wie die erste und zweite. Wie es heißt, so unser Seelsorger zu viel mit der Wahl zu schaffen haben.

Die Krankenkassen-Wahlen in Karlsruhe.

Christliche Schnorrer.

Wir haben in unserer Nummer vom letzten Samstag schon einen kurzen Auszug aus dem uns kurz vor Redaktionsschluß zugegangenen Bettelbrief gebracht, den der christliche Arbeitersekretär Maier an hiesige Unternehmer geschickt hat, und in dem er um einen kleinen Beitrag zu den Kosten der Krankenkassenwahl bettelt. Wir lassen heute dieses Kulturdokument christlicher Schande im Wortlaut folgen. Herr Maier schreibt:

Euer Hochwohlgeboren!

Am 15. Dezember finden hier die Wahlen zum Ausschuß der Allgem. Ortskrankenkasse statt und zwar nach dem Proporzsystem. An der Wahl beteiligen sich auch die auf **nationalem und staatstreuen Boden stehenden Organisationen beider religiösen Bekenntnisse**, soweit sie dem Ausschuß für soziale Angelegenheiten angeschlossen sind. Wir hoffen dadurch, **die Macht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in der Krankenkasse zu brechen** und auch der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in den Organen der Krankenkasse zu erringen, **vorausgesetzt, daß uns die nötigen Geldmitel zur Betreibung einer intensiven Agitation zur Verfügung stehen.**

Nun hat die kürzlich getätigte **Gewerbegerichtswahl unsere Mittel fast ganz erschöpft.**

Wir richten daher an Euer Hochwohlgeboren die ergebenste Bitte, Hochdieselben wollen mit einem

kleinen Beitrag

unser Bestreben unterstützen. Wir nehmen an, daß auch Euer Hochwohlgeboren viel an einem Siege der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft über die sozialdemokratische gelegen ist.

Ein Vertrauensmann wird in den nächsten Tagen bei Euer Hochwohlgeboren mit einer Sammelliste vorsprechen und bitten wir nochmals, denselben nicht leer ausgehen lassen zu wollen.

Für freundliche Gaben im Voraus bestens dankend, zeichnet

Ausschuß für soziale Angelegenheiten

Maier, Vorsitzender.

Tiefer kann wohl eine Organisation nicht mehr sinken, als es sich in diesem Briefe zeigt. Arbeiter, organisierte Arbeiter gehen Arbeitgeber um Geld, um Unterstützung an, betteln um Hilfe zur Wahl in einer Körperschaft, bei der sehr oft Arbeitnehmer und Arbeitgeber in scharfen Gegensatz zueinander treten müssen. Wie wollen Herr Maier und seine Gesinnungsgenossen die Interessen der Versicherten gegenüber dem Unternehmertum rücksichtslos und energisch vertreten, wenn sie ihre Wahl dem Gelde desselben Unternehmertums zu verdanken haben. Was wollen diese sauberen Christen tun, wenn ein Unternehmer ihnen zuruft: **Ihr habt den Mund zu halten, denn mit Hilfe unseres Geldes sitzt ihr ja hier oben.** Aber danach frägt diese Sorte von Arbeitervertretern nicht, was liegt ihnen an den Interessen der Versicherten? Nur die Macht, die Herrschaft, Mandate wollen sie, ob die Mittel und Wege, auf denen sie zur Macht zu gelangen hoffen, sauber und ehrlich sind, das kümmert sie gar nicht.

Angesichts dieses würdelosen Gebahrens, angesichts dieses schmachvollen Bettelbriefes muß sich aber doch jeder Versicherte die Frage vorlegen: **Kann ein ehrlicher Arbeiter, eine ehrliche Arbeiterin ihre Stimme einer Liste geben, deren Herausgeber von den Unternehmern Unterstützung beziehen?**

Können wir von solchen Leuten, die in Unternehmersold stehen, eine wirksame Vertretung unserer Interessen als Versicherte erwarten?

Die Frage kann nur lauten: **Nein, nie und nimmermehr!**

Deshalb, wer will, daß keine Unternehmersöldlinge in die Krankenkassenvertretung kommen, sondern aufrechte und ehrliche Leute, die offen und frei, weil unabhängig, ihre Meinung sagen können, die nur das Wohl der Versicherten im Auge haben und keine andern Rücksichten kennen, der wähle

Die Liste des freien Gewerkschaftskartells.

Der „Landesbote" freut sich.

Wir haben in Nr. 284 vom letzten Donnerstag eine Stichprobe davon gegeben, in welch erbärmlicher Weise in München von den „Christen" der Wahlkampf geführt wurde. Es gehört schon echt fortschrittliche Maul- und Rechenfertigkeit dazu, von einer „unbestreitbaren Niederlage" der „Sozialdemokraten" zu sprechen, wenn trotz der gemeinsten Kampfesweise der Gegner die Liste des freien Gewerkschaftskartells („Sozialdemokraten" sagt geschmackvoll der „Landesbote") 83 000 Stimmen erhielt, und jene der „Christen" 52 000. Wahrscheinlich waren aber auf der Liste der „Christen", die ja in München auch wie anderwärts unter falscher Flagge, sie nannten sich dort „Verein für soziale Wahlen", segelten, einige Hirsch-Duncker oder „liberale" Arbeiter, die ja immer bei anderen Organisationen herumtanzen und um Unterschlupf suchen, da sie allein ja nie etwas ausrichten können, und deshalb ist nun beim „Landesbote" eitel Lust und Freude darüber, daß die handvoll Handlanger der „Christen" mit haben helfen dürfen, die „Alleinherrschaft der Sozialdemokraten in der Münchener Ortskrankenkasse zu brechen." Wir beneiden den „Bad. Landesbote" um seine Freude über einen auf solche Art erfochtenen „Sieg" nicht.

Zur Ortskrankenkassenwahl.

Am 15. Dezember findet die Ausschußwahl für die Versicherungsvertreter statt. Es macht sich deshalb notwendig, einmal die Gesetzesmacherei zu erörtern, andrerseits zu untersuchen, inwieweit die Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Krankenversicherung Verbesserungen oder Nachteile für die Versicherten mit sich bringt. Von gegnerischer Seite, insbesondere von den Christlichen, wird ein hohes Loblied auf die Reichsversicherungsordnung gesungen. Ob die Arbeiterklasse Grund und Ursache hat, ein besonderes Loblied auf die soziale Gesetzgebung anzustimmen, soll in nachfolgender Artikelserie untersucht werden.

Die Reichsversicherungsordnung umfaßt die drei sozialen Gesetze: Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Diese drei Gesetze traten zu verschiedenen Zeiten in Kraft. Im Jahre 1883 wurde das Krankenversicherungsgesetz, in den Jahren 1884 bis 1887 die Unfallversicherungsgesetze und im Jahre 1889 das Alters- und Invalidengesetz geschaffen. Eine Einheitlichkeit hinsichtlich des Personenkreises, der der Versicherung unterstellt wurde, war nicht vorhanden. Der Personenkreis, auf der die einzelnen Gesetze sich erstreckten, war nicht durchweg ein und derselbe. Hier sollte nun die Reichsversicherungsordnung Wandel zum Besseren schaffen und eine größere Einheitlichkeit bringen. Aber auch jetzt noch sind nicht alle Personen, die der Kranken- und Invalidenversicherung unterstellt sind, zugleich der Unfallversicherung unterworfen. Die Sozialdemokraten beantragten denn auch bei Beratung der Reichsversicherungsordnung, daß alle Gesetze sich auf sämtliche Personen erstrecken sollen, die gegen Lohn oder Entgelt beschäftigt werden. Der Antrag wurde aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Zu den allgemeinen Bestimmungen der R.-V.-O. haben die Sozialdemokraten eine Reihe Verbesserungsanträge gestellt. Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger, also zu den Vorständen und Ausschüssen der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften und der Invalidenversicherungsanstalten sind volljährige Deutsche. — Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß auch Ausländer als Arbeitervertreter gewählt werden können. — Der Antrag wurde abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die höchste Instanz in Verwaltungssachen ist die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium). — Die Sozialdemokraten beatragten, daß dafür eine unabhängige Behörde das Reichsversicherungsamt gesetzt wird. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Das Versicherungsamt wird als eine Abteilung der unteren Verwaltungsbehörde, also der Polizei, errichtet. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß es eine selbständige Behörde werde. — Abgelehnt in namentlicher Abstimmung von allen bürgerlichen Parteien.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsamtes können auch ausgediente Offiziere gemacht werden. — Die Sozialdemokraten wollten dies verhindern, indem sie für derartige Fälle die Zustimmung der Versicherungsträger beantragten. — Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Als Kompromißparteien sind die Konservativen, Zentrum Nationalliberale, Antisemiten, Wirtschaftliche Vereinigung zu bezeichnen. Diese Parteien schlossen zusammen einen Block bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung, um diese in ihrem Sinne durchzupeitschen.

Die Vertreter der Arbeiter bei den Versicherungsbehörden, also beim Versicherungsamt, Oberversicherungsamt, Reichs- und Landesversicherungsamt, werden durch ein indirektes Wahlverfahren gewählt. — Die Sozialdemokraten forderten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach der Verhältniswahl. — Abgelehnt in namentlicher Abstimmung von den Kompromißparteien.

Die indirekte Wahl erfolgt durch die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen. — Die Sozialdemokraten forderten, daß die Wahl von den Vorständen der einzelnen Kassen gesondert erfolgt, damit nicht die frei gewählten Arbeitervertreter von anderen sogen. Arbeitervertretern bei der Gesamtzahl überstimmt werden. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Wählbar als Vertreter der Versicherten sind nur Männer. — Die Sozialdemokraten beantragen, daß auch Frauen wählbar seien. — Abgelehnt von den bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Fortschrittler.

Bei der Festsetzung des ortsüblichen Tagesentgelts gewöhnlicher Tagearbeiter (Ortslohn) sind, so beantragten die Sozialdemokraten, die Ausschüsse der Gewerbegerichte, und wo solche nicht vorhanden sind, die Vertreter der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen zu hören. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Nach einem weiteren sozialdemokratischen Antrag sollte der Ortslohn für männliche Arbeiter über 21 Jahre nicht weniger als 3 Mk. und für weibliche Personen über 21 Jahre nicht weniger als 2 Mk. betragen. — Von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Für ausländische Arbeiter, die in Deutschland beschäftigt werden, sollen unter Umständen noch geringere Rechte gelten als für Inländer. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß für Angehörige der Staaten, in denen deutsche Reichsangehörige inbezug auf die Arbeiterversicherung nicht ungünstiger als die Inländer gestellt sind, während ihres Aufenthalts im Reichsgebiet dieselben Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gelten wie für die Inländer. — Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Beschäftigung eines Ehegatten durch den andern begründet keine Versicherungspflicht. — Die Sozialdemokraten forderten, daß auch die Frauen der Kleinbauern usw. die in dem Betriebe ihres Mannes beschäftigt sind, versichert werden sollen. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Als Hausgewerbetreibende im Sinne der Reichsversicherungsordnung gelten, die in ihren eigenen Betriebsstätten arbeiten. — Die Sozialdemokraten verlangten die Ausdehnung der Versicherung auch auf Hausgewerbetreibende, die in fremden Betriesstätten arbeiten. — Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Wir sehen also schon hier bei den allgemeinen Bestimmungen, daß eine ganze Reihe von Verbesserungsanträgen, die, man möchte sagen, Selbstverständlichkeiten forderten, von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden. Und bei all diesen Anträgen hat es sich nicht um Mehrbelastungen gehandelt, die Anträge wurden aus **prinzipiellen und arbeiterfeindlichen Gründen abgelehnt.** Hier haben aber die **christlichen Arbeitervertreter der Zentrumsfraktion** redlich mitgeholfen. Deshalb muß das Vorstehende für die Versicherten ein Fingerzeig sein, wie bei den Ausschußwahlen im 15. Dezember das Wahlrecht betätigt werden muß.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 8. Dezember.

Eine Parteiversammlung

findet am nächsten Mittwoch, 10. Dezember im „Auerhahn", Schützenstr. 58, statt. Auf der Tagesordnung stehen 2 Punkte: 1. Abrechnung über die Landtagswahlen und 2. Vortrag des Gen. Dr. Kullmann über: „Sozialdemokratie und Kirche." — Die Parteigenossen und Genossinnen werden schon des interessanten letzteren Themas wegen um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Geschichte des Sozialismus.

Die Vortragskurse des Gen. Trinks nehmen heute abend ½9 Uhr im „Auerhahn", Schützenstraße, ihren Fortgang. Genossinnen und Genossen, die den ersten Vortrag nicht haben besuchen können, können sich trotzdem an den weiteren Vorträgen beteiligen.

Arbeitslosenzählung.

Um den Umfang der Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt festzustellen, sollen auf Beschluß des Stadtrats Erhebungen über die Zahl der Arbeitslosen vorgenommen werden. Die Zählung soll sich nicht nur auf die arbeitslosen Angehörigen der Fabrik- und handwersmäßigen Betriebe erstrecken sondern **auf alle Berufsarten.** Jede arbeitslose Person hat einen Zählbogen auszufüllen. Die Stellen, an denen sich die Arbeitslosen am 13. Dezember zu melden haben, sind aus der in dieser Nummer abgedruckten amtlichen Bekanntmachung ersichtlich. An allen diesen Stellen sind Zählbogen schon am 11. Dezember erhältlich. Die Aufnahme hat lediglich den Zweck, über Art und Umfang der **Arbeitslosigkeit in Karlsruhe ein möglichst genaues Bild** zu gewinnen, um dadurch etwaige weitere Maßnahmen erwägen und vorbereiten zu können. Es liegt also im Interesse der Arbeitslosen selbst, sich rechtzeitig zu melden.

* **Vortrag im homöopathischen Verein.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, spricht morgen abend auf Veranlassung des hiesigen homöopathischen Vereins Herr Apotheker Müller aus Göppingen über „Hämorrhoiden und Stuhlverstopfung". Auf diesen interessanten Vortrag seien unsere Leser aufmerksam gemacht.

* **Die Blindenvereinigung von Karlsruhe und Umgebung** richtet an alle, die etwas beizusteuern in der Lage sind, die herzliche Bitte, ihr Scherflein mit beizutragen zur Weihnachtsbescherung für die blinden Armen. Die Sammelstellen sind aus den Plakaten sowie aus dem heutigen diesbezüglichen Inserat ersichtlich.

* **Mansardendiebstähle.** Das Großh. Bezirksamt — Polizeidirektion — macht auf folgendes aufmerksam: In letzter Zeit wurden hier vielfach tagsüber Diebstähle in Dienstbotenmansardenzimmern verübt, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, die Täter zu ermitteln. Zur Verhütung weiterer derartiger Diebstähle empfiehlt es sich, daß die Dienstboten während des Tages öfters in ihren Zimmern Nachschau halten. Falls eine verdächtige Person im Hause und insbesondere im Dachstock betreten wird, sollte auf die erste verdächtige Wahrnehmung hin möglichst unauffällig — bei Tag wie bei Nacht — die Schutzmannschaft auf der Straße oder die nächste Polizeistation benachrichtigt werden

* **Kellerbrand.** Gestern vormittag 8½ Uhr ist in dem Keller eines Hauses in der Uhlandstraße auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen, das durch die herbeigerufene Feuerwehr nach 10 Minuten bereits wieder gelöscht werden konnte. Durch das Feuer wurde nur unerheblicher Schaden verursacht.

Veranstaltungen.

Brahmsabend — Hedwig Diefenbacher. Hedwig Diefenbacher, eine junge Karlsruher Pianistin, gab am Montag abend im Museumssaal ihr zweites Konzert, welches ausschließlich Brahms gewidmet war und somit als „Brahms-Abend" einen bestimmten Charakter erhielt. Brahms verlangt ein tiefes Aufgehen in seiner reichen Gedankenwelt. Das darf der begabten Künstlerin nachgerühmt werden, daß sie sich mit ganzem Herzen Brahms hingab, daß sie sich von der sie umgebenden Welt völlig abschloß, um in der Welt des Klanglichen neu aufzuleben und um eins zu werden mit Brahmsens himmelanstürmender Gedankenwelt. Mit der vollendeten Wiedergabe der „C-Dur-Sonate, Op. 1" bezwang schon zu Anfang Hedwig Diefenbacher ihre kleine, aber entzückte Kunstgemeinde. Groß, machtvoll, — feierlich ist ihr Anschlag im Ausdruck aufbrausender Leidenschaft und dann wieder unendlich zart, duftig und feingesponnen in der lyrischen Sprache. Die technisch vollendete Meisterung der vier inhaltsreichen Sätze dieses gewaltigen Werkes verdient ebenfalls nur uneingeschränktes Lob. Um das Opus 1 rankten sich die anderen Programmnummern als gleichebenbürtige Leistungen herum. Als Solistin trug Agnes Leydhecker mit warmer Altstimme Brahmssche Gesänge Op. 91 (mit Bratsche) und vier ernste Gesänge Op. 121 vor. Das Material der Dame ist ausreichend, nach der Tiefe zu von weichem, vollem Klang; nur hätte die Höhe durch bestimmteres Anfassen eine klangvollere Rundung erfahren dürfen. Heinrich Müller begleitete auf seinem schön klingenden Instrument die beiden ersten Gesänge (Op. 91) sehr stimmungsvoll und erhöhte dadurch wesentlich den tiefgehenden Eindruck. W. Sch.

* **Das Konzert des Gesangvereins „Typographia"** nahm einen in allen Teilen gelungenen Verlauf. Näheren Bericht müssen wir jedoch Raummangels wegen auf eine der nächsten Nummern verschieben.

* **Die große Kanarien- und Kaninchenzuchtausstellung** des 1. Kanarien- und Kaninchenzuchtvereins Karlsruhe im Gasthaus „Zum grünen Berg" erfreute sich gestern eines sehr guten Besuches. Großen Anklang fanden die von Herrn Neff ausgestellten präparierten Vögel sowie die Futtermittel und Geräte der Firma Frohmüller. Die Ausstellung ist bis heute abend 8 Uhr geöffnet.

* **Fußballsport.** Die gestrigen Ligaspiele zeigtigten folgende Resultate: Karlsruher Fußballverein hatte die Freiburger auf seinem Platze und verlor mit 0:2 Toren. „Phönix" spielte in Pforzheim und erlitt eine Niederlage von 0:3 Toren. Das Spiel Kickers-Union Stuttgart endete mit 1:0 Toren für erstere Mannschaft.

Residenztheater. Das neue Programm enthält als Novität ein feinsinniges Lustspiel „Comtesse Ursel" mit dem Kinostern Henny Porten in der Hauptrolle. Außerdem kommen zur Aufführung drei Dramen „Weihnachten eines Schauspielers", „Das Wasser rauscht" und „Willis Opfer". Neben einigen wirkungsvollen Humoresken verdient der Film „Das Erwachen der Natur" und die kolorierte Naturaufnahme „Parkanlagen und Gärten in Paris" besonders hervorgehoben zu werden.

Letzte Nachrichten.

Landtagsersatzwahl.

Tuttlingen, 6. Dez. Bei der heutigen Landtagsersatzwahl für den zurückgetretenen Abgeordneten Storz entfielen auf Stengelin (F. Vpt.) 2487, auf Schwald (Soz.) 2216, auf Haselmaier (Zentr.) 1282 und auf Schott-Stuttgart (Bk.) 358 Stimmen. Es hat also eine Nachwahl stattzufinden.

Krankenkassenwahlen.

München, 6. Dez. Bei den Münchner Ortskrankenkassenwahlen, die gestern ihren Abschluß fanden, ist die bisherige sozialdemokratische Mehrheit unterlegen. Von den 90 Mitgliedern des Verwaltungsausschusses gehören nur noch 41 der sozialdemokratischen Partei, 49 den bürgerlichen Gruppen an. Die Vorstandschaft setzt sich aus 11 bürgerlichen und 10 sozialdemokratischen Mitgliedern zusammen.

Stadtverordnetenwahlen.

Dortmund, 6. Dez. Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung gingen heute abend 8 Uhr zu Ende. In zwei Bezirken hatte Stichwahl zwischen den Kandidaten des Zentrums, für die auch die Liberalen infolge getroffenen Abkommens eintraten, und dem sozialdemokratischen Kandidaten stattzufinden. Nach hartem Wahlkampf siegten die beiden Kandidaten der bürgerlichen Parteien.

Görlitz, 6. Dez. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte nach lebhafter Debatte die Stadtverordnetenwahlen der dritten und ersten Abteilung für ungültig. In der dritten Abteilung wurden nur Sozialdemokraten gewählt.

Der Fürst von Albanien.

Wien, 6. Dez. Die politische Korrespondenz meldet: Die Botschafter der Mächte in Berlin ersuchten in den letzten Tagen den Staatssekretär des Aeußeren, Herrn von Jagow, dem Prinzen Wilhelm zu Wied mitzuteilen, daß er von allen Großmächten zum Fürsten von Albanien designiert worden ist. Herr von Jagow hat dies dem Prinzen brieflich zur Kenntnis gebracht.

Bukarest, 6. Dez. Prinz Wilhelm zu Wied dürfte bereits am nächsten Montag in Bukarest eintreffen und von hier aus nicht mehr nach Potsdam zurückkehren, sondern in Begleitung des albanischen Ministerpräsidenten Sureya Bey sich direkt nach Albanien begeben.

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 6. Dez. In der Kammer kritisierte der Sozialist Raimondo die Politik Giolittis und sprach die Befürchtung aus, daß eines Tages die klerikale Partei den Lohn für ihre Unterstützung verlangen werde. Raimondo bat die Regierung, ihren Standpunkt zu den verschiedenen Fragen der Religionspolitik zu präzisieren. Die Rede Raimondos fand sehr lebhaften Beifall auf der äußersten Linken. Abgeordnete aller Parteien der Kammer beglückwünschten den Redner. Der sozialistische Abgeordnete Modigliani tadelte die Einmischung der Regierung in die Wahlen und trat lebhaft ein für eine proportionale Vertretung und für das System der Listenwahl.

Man kennt seine Pappenheimer.

Petersburg, 6. Dez. Die Verwaltung der Hobukow-Werke schlug heute ihren Arbeitern vor, die sich seit mehr als einer Woche in dem Ausstand befinden, die Arbeit wieder aufzunehmen, worauf ihre Forderungen erfüllt werden würden. Die Arbeiter bestanden darauf, daß ihre Forderungen vorher erfüllt würden.

Forderungen der Postbeamten.

Leicester, 6. Dez. Vertreter von 22 000 Postbeamten hielten hier eine Versammlung ab, in der sie beschlossen, ihre Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung um 15 Prozent, die der Generalpostmeister Samuel am 19. Nov. bei dem Empfang einer Abordnung von Postbeamten zurückgewiesen hatte, weiter zu verfolgen. Es wurde eine Resolution angenommen, nach der ein allgemeiner Postbeamtenkongreß einberufen werden soll.

Leicester, 7. Dez. Die Post-Beamtenversammlung hat den Antrag, einen Generalstreik in die Wege zu leiten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit ist zur Zeit ein Ausstand der Postbeamten anscheinend nicht zu befürchten.

Die Wahlen in Bulgarien.

Sofia, 7. Dez. Bei mäßigem Interesse scheinen die heutigen Wahlen überall ruhig zu verlaufen. Die aus den Städten kommenden **Wahlergebnisse** sind vorläufig **zu Ungunsten der Regierung.** In Sofia selbst haben von 10 146 Stimmen erhalten: die Regierungsliste 4404 und die Oppositionslisten zusammen 5818, und zwar die revisionistischen Sozialisten 2213, die orthodoxen Sozialisten 1087, die Demokraten 1096, die Geschow-Partei 720, die Danew-Partei 236, die Radikaldemokraten 328 und die Republikaner 26.

Protest gegen die Balkangreuel.

Konstantinopel, 6. Dez. Die hier weilenden Aegypter beschlossen gestern in einer Versammlng in der Haugia Sofia dem Slan ihr Bedauern über die in Mazedonien besonders gegen Muselmanen begangenen Grausamkeiten auszusprechen und gegen die Einmischung gewisser Mächte in die inneren Angelegenheiten der Türkei wie gegen die Einmischung eines hohen englischen Beamten in die religiösen Angelegenheiten der Aegypter Einspruch zu erheben. Ferner wurde beschlossen, an den Scheik der Benussi ein Schreiben zu richten, gegen die Ausnahmegesetze für Aegypter zu protestieren

Beendeter Eisenbahnerstreik.

London, 6. Dez. Die Beilegung des Streiks der Lokomotivführer und Heizer in Süd-Wales ist auf der Basis erfolgt, daß die Great Western Railway es ablehnt, zwei Maschinisten, deren Entlassung die Ursache des Streiks war, wieder einzustellen und daß die Ausständigen Strafen in einer Höhe von 1—1½ Shilling zu Gunsten des Krankenhauskassenfonds zahlen.

Zur Lage in Mexiko.

Mexiko, 6. Dez. Die Räumung Chiuahuas durch die Bundestruppen wird jetzt hier bestätigt. Die Einnahme von Juarez durch die Rebellen hat eine weitere Nahrungsmittelzufuhr nach Chiuahua unmöglich gemacht, sodaß sich General Mercado schließlich gezwungen sah, seine Truppen zurückzuziehen und die Stadt den Rebellen zu überlassen.

Mexiko, 6. Dez. Die Konstitutionalisten machen tatsächlich Fortschritte. Gestern nahmen sie die Stadt Tula nach 24stündigem Kampfe ein. Die Regierungstruppen erlitten eine vernichtende Niederlage und hatten 200 Tote. In der Stadt Mexiko bereitet sich die Fremden-Kolonie zur Verteidigung vor. Sie hat darum gebeten, daß von den vor Veracruz liegenden fremden Kriegsschiffen Truppen-Detachements gelandet werden. Gestern fand eine Versammlung der fremden Diplomaten statt, in der die Mittel und Wege zur Verteidigung beraten wurden. An dieser Versammlung nahm jedoch der Vertreter der Vereinigten Staaten nicht teil. Die Familie Huertas ist gestern, wie verlautet, nach Veracruz abgereist.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Die Turner und Turnerinnen, die die Reigenübungen mitmachen, wollen heute abend ½9 Uhr in der „Gambrinushalle" sich einfinden.

Wasserstand des Rheins.

8. Dezember.

Schusterinsel 2.43 m, gest. 40 cm, Kehl 3.05 m, gest. 45 cm Maxau 4.44 m, gest. 40 cm, Mannheim 3.44 m, gest. 19 cm.

Geschäftliches.

Mit dem Tage, an welchem der neue Karlsruher Personenbahnhof dem öffentlichen Verkehr übergeben wurde, hat gleichzeitig in dem neu erstandenen Häuserblock ein reges Geschäftsleben sich entwickelt. Zigarrengeschäfte, Konditorei, Automat, Buchhandlung, Friseur u. dergl. öffneten ihre Pforten, um den reisenden wie einheimischen Publikum die Deckung des Bedarfs zu erleichtern. Da darf wohl die **Kolonialwaren- und Delikatessenbranche** nicht fehlen. Und so eröffnet am heutigen Tage die allzeit rührige Firma **Pfannkuch u. Co., G. m. b. H., Spezialhaus für Lebensmittel,** in dem imposanten Arkadenbau des „Reichshof" eine Filiale. Schon ein Blick in die sehr geschmackvoll dekorierten Schaufenster wirkt verlockend auf den Beschauer. Betritt man jedoch das Verkaufslokal, da lacht einem das Herz im Leibe. Man erblickt da reichste Auswahl in Delikatessen sowohl als in den einfachsten zum täglichen Verbrauche benötigten Lebensmitteln dieser Branche. Alles wohl geordnet in nur erstklassigen Qualitäten, sodaß wohl der Erfolg nicht ausbleiben kann. Wir empfehlen das der heutigen Nummer beiliegende Unterhaltungsblatt „Sonntagsruhe" besonderer Beachtung. 5768

Weihnachten!

Bilderbücher Malbücher Farbkasten Märchenbücher Jugendschriften Gesellschaftsspiele Kubusspiele Kinderdruckereien Bücherranzen Schulartikel etc.

August Mattern Durlach

Hauptstrasse, neben der Schule, empfiehlt

Briefkassetten Postkarten- und Photographie-Album Gesangbücher Brieftaschen Ansichtsartikel 5349 **Reinzende Weihnachts- Dekorations- u. Postkarten etc.**

Weihnachten!

Neu eröffnet!

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere innigstgeliebte Mutter, Großmutter und Tante

Frau Sophie Kilian

Samstag abend 8 Uhr sanft entschlafen ist.

Karlsruhe, den 8. Dezember 1913.

Im Namnn der trauernden Hinterbliebenen:
Anna Jock.

Die Beerdigung findet Dienstag, vormittag 11 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.
Trauerhaus Wielandstraße 24. 5769

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder

Alfred

heute früh 6 Uhr im zehnten Lebensjahre an einem Herzschlag plötzlich verschieden ist. Die Beerdigung findet Dienstag vormittag halb 12 Uhr statt.
In tiefer Trauer **Familie W. Siegmann.**
Trauerhaus: Schützenstraße 79. 5766

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Am **Mittwoch, den 10. Dezember, abends halb 9 Uhr,** im **„Auerhahn“**, Schützenstraße 58

Partei-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung über die Landtagswahlen.
2. Vortrag des Genossen Dr. Kullmann über:
„Sozialdemokratie und Kirche.“

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein 5756.2
Der Vorstand.

Ueber
Hämorrhoiden und Stuhlverstopfung

spricht am **9. Dezember, abends 8½ Uhr** im Saale des **„Goldenen Adler“**, Karl Friedrichstr., Herr Apotheker Müller aus **Göppingen.** Zu diesem

öffentlichen Vortrag

ist jedermann freundlichst eingeladen. **Eintritt** für Nichtmitglieder **30 Pfg.** 5757

„Hahnemannia“, Homöopathischer Verein Karlsruhe.

Die Milchproduzentengenossenschaft Karlsruhe und Umgebung hat beschlossen, den Milcheinkaufspreis auf mindestens 18 Pfg. franko Karlsruhe festzusetzen, was einem Verkaufspreis von 23 Pfg. entspricht.

Die Vertreter der Gemeinden:

Adelshofen	Blankenloch	Eggenstein
Bauerbach	Durmersheim	Gölshausen
Diedelsheim	Eppingen	Hagsfeld
Elchesheim	Großsachsen	Huttenheim
Grötzingen	Hochstetten	Kleinsteinbach
Hatzenbühl	Ittlingen	Linkenheim
Jöhlingen	Knielingen	Moos
Knittlingen	Muggensturm	Obergrombach
Malsch	Neuhausen	Plittersdorf
Neuenbürg	Oetigheim	Rußheim
Oelbronn	Ruit	Stebbach
Pfaffenroth	Schaidt	Spöck
Rohrbach b. Epping.	Schwarzach	Wintersdorf
Stettfeld	Wöllingen	Zaisenhausen.
Staffort	Oberöwisheim	
Au a. Rh.	Dertingen	

5767

Weihnachts-Ausstellung
von
Spielwaren und Korbwaren
bei
F. Wilhelm Doering

Ritterstrasse, nächst der Kaiserstrasse.

J. L. Distelhorst Karlsruhe

Telephon 534 Inh.: **Wilhelm Distelhorst & Robert Krieg** Waldstrasse 32
Gegründet 1865

Altangesehenes Haus für gediegene Wohnungs-Einrichtungen

Bildhauerei = Polster- u. Dekorations-Werkstätten

Bedeutendes Lager in 6 Stockwerken von

Speisezimmern — Herrenzimmern — Wohnzimmern
Schlafzimmern — Salons 5755

in einfacher und billiger bis zur reichsten Ausführung

Klub-Sessel | **Korb-Möbel** | **Dekorationen**
Polster-Möbel | **Teppiche** | **Möbelstoffe**
Klein-Möbel | **Gardinen** | **Beleuchtungskörper**

Antike Möbel :: Oelgemälde

Besichtigungen erbeten. Zeichnungen, Kataloge, Vorschläge bereitwilligst. **Garantie für solide Arbeit.**

Die Firma übernimmt in eigenen Werkstätten auch das
Aufmachen von Gardinen, Dekorationen etc., Aufpolstern und Umarbeiten alter Polstermöbel, Herrichten und Aufpolieren alter Möbel.

Gewissenhafte Bedienung. **Mässige Preise.**

An meine werten Kunden

richte ich die höfliche Bitte, mit ihren Aufträgen nicht bis kurz vor den Feiertagen zu warten.

Dampfwaschanstalt „Schorpp“

Telefon 2456.

Annahmestellen: Kaiserallee 37, Amalienstraße 15, Westendstraße 29b, Schillerstraße 36, Eisenbahnstr. 2c, neben Jollystr. 1 (Hirschbrücke), Kaiserstr. 34, Kaiserstr. 243, Ludwig Wilhelmstraße 5 und Wilhelmstraße 34. 5759.2

Vogel- und Zierfischhandlung
Ludwig Jäger
Karlsruhe
22 Amalienstrasse 22

empfiehlt für die Weihnachtszeit sein reichhaltiges Lager in **ff. Kanariensänger,** ausländisch. **Sing-** und **Ziervögel, Papageien,** praktisch. **Vogelkäfige** in Holz und Metall aller Art, hübsche **Vogelkäfigständer,** schön angelegte **Aquarien** in allen Preislagen, **Aquarienfische,** sowie sämtliche Zubehörteile zur Vogel- u. Zierfischpflege. 5758.2
Preisgekröntes **Vogelfutter.**

Bäckerei
Prima-Existenz

Altrenom. Bäckerei in Primalage der Altstadt mit 3stöckig. Wohnhaus für Mk. 32000.— weit unter amtl Schätzung, mit 6 bis 8000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Käufer sitzt mit Geschäft und Wohnung frei. Off. an die Exp. d. Bl. unter Nr. 5688.

Stock- und Schirm-
fabrikation, Reparaturen
rasch und gut
bei 3177
Ph. Fahrer, Rastatt.
Annahmestelle: **Gaggenau:** Friseur **Dietrich,** Hauptstraße.

Städt. Arbeitsamt

Arbeit suchen:

Kellner, Kellnerinnen, Köche, Spülfrauen, Wasch- und Putzfrauen.
Aufträge erbeten an das
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstraße 100 II.
Telephon 949.

Gesucht 5768

für sofort und 1. Januar hier und auswärts; **Herrschafts-Köchinnen, die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen.**
Städt. Arbeitsamt
(weibl. Arbeitsnachweis)
Zähringerstr. 100 Tel. 949.

Weihnachts-Verkauf.

Damenkostüme Mk. 13.– an
Damenpaletots „ 4.50 „
Kostümröcke „ 2.50 „
Unterröcke, Blusen 0.95 „
Capes, staunend billig,
Blaue Reformhosen
weit unter Preis.
Balltücher,
Regenschirme.
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
5240 Keine Ladenspesen.
Sonntags bis 7 Uhr offen.

Gliederreißen!

Rein australisches Eucalyptusöl „Bonus“ à Mk. **1.00.** 2565
Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.

Pelze
alle Arten in grosser Auswahl
staunend billig. 4828
Nur Zirkel 32
1 Treppe hoch.
Sonntags von vorm. 11 bis abends 7 Uhr geöffnet.

Städt. Badanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe.

Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauer oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopinol-) **Bäder.**
Badezeit an den Werktagen:
Vormittags 8 Uhr bis 8 Uhr abends.
Auch über Mittag geöffnet.
An den Samstagen bis 9 Uhr. 15
Sonntags 8—12 Uhr.

Frau empfiehlt sich im **Kleider machen, Leib u. Bettwäsche,** sowie **Flickarbeit** wird angenommen. **Wilhelmstr. 36,** Hinterh. IV bei Christ. 5673

Partei-, Gewerkschaftsgenossen
:: Freunde der Arbeitersache ::
rauchen 4282
TAG-GEN
Zigaretten
2 — 2½ — 3 — 4 — 5 Pfg.
Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. — Stuttgart.
Zu haben in Zig.-Geschäften **Töpper,** Rüppurrerstrasse 10, und **Josef Brehm.**
In **Durlach: Otto Hoffmann.**

Praktisches
Weihnachtsgeschenk!
Bilz (Naturheilmethode) mit sämtlich. Tafeln, Erklärungen usw sehr billig zu verkaufen.
Buchhandlung Volksfreund
Luisenstraße 24.

4800
Gas-Lampen
Staunend billig
Extra-Verkauf
Beachten Sie meine 5 Schaufenster.
Leon Kahn
Kreuzstr. 3.

Grosse Posten bessere
Herren-Kleiderstoff-, Paletot-, Ulster-, Loden- und Kostüm-Reste
3524
sind **enorm billig** abzugeben.
Kaiserstr. 133, 1 Treppe hoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse
Eingang bei der kleinen Kirche.

2047

Verkaufe
Damenjacken, gebrauchte, aber noch gut erhaltene, von Mk. 1—3, sowie **Damenschuhe,** Chevreaux-Leder, in Knopf und Schnür für Mk. 5.50. 5036
D. Turner, Scheffelstr. 64 Telephon 1339.

Elsässer Reste-Geschäft
Viktoriastraße 10 III
empfiehlt **Reste aller Art** für Kleider und Blusen, in Samt, Seide, Wasch- und Wollstoffen, Bett-, Leib- und Tischwäsche, Vorhänge, Stores, Wolldecken, fertige Herren- u. Damenhemden, **Hemdenflanelle** schon v. 30 ₰ an. **Schweizer Wäschestickereien** besonders billig.
Keine Ladenspesen, daher billige Preise. 4778

Vereinen etc. gewähren wir bei Sammel-Aufträgen **Extra-Rabatt!**
Verkauf III. Etage.
Fahrstühle durch alle Etag.

Praktische Weihnachts-Geschenke für die Küche und Haus!

Besichtigen Sie unsere grossen Innen-Ausstellungen.

Unsere grosse Spezial-Abteilung „Haushalt" ist seit Bestehen unseres Neubaues bedeutend vergrössert; wir sind dadurch in der Lage den weitgehendsten Ansprüchen gerecht zu werden.

Klein-Möbel

Bauerntisch, nußbaumartig, mit gravierter Platte 3.75
Bauerntisch, f. poliert, mit Goldbronc., gravierter Platte . 4.75
Aparter Salontisch, Nußbaum fourniert 10.50
Salontisch, Eiche, gebeizt . . 9.00
Mod. Salontisch, Eiche gebeizt 17.50
Büstenständer, nußbaumartig . 3.75
Servier-Tisch, fein poliert, 15.— bis 8.25

Hausapotheken große Ausw. v. **2.90** an

Satz-Tische, 3 Stück im Satz, Eiche, gebeizt, . 35.— und 28.—
Tee-Tisch, auf Rollen, Eiche, gebeizt 35.00
Notenständer, fein poliert 17.50 13.50
Näh-Tische, Nußbaum fourniert 21.—
Bücher-Etageren, nußbfarb. 10.50 5.90
Bücher-Etageren zum Hängen 4.90 bis 1,25
Rauchtische 12.— 10.50 8.50 bis 3.75

Blumenkrippen, weiß lackiert neueste Ausführung von 6.75 an
Frisier-Toiletten, weiß lackiert mod. Ausführung 48.— 36.— 28.—
Rasiertische, weiß lackiert . . 23.—

Lampen

Gas-Beleuchtungskörper

Gas-Ampel für Schlafzimmer mit Glasstabbehang und echtem Grätzinbrenner . . **12.75**
Gas-Ampel für Schlafzimmer matt Messing, mit Glasstabbeh. und echtem Grätzinbrenner **17.75**
Aparte Gas-Ampel für Schlafzimmer, schwarz Eisen, mit reichem Glasstabbehang und echtem Grätzinbrenner . . **18.00**
Gas-Zuglampe, matt Messing-Schirm, 35 cm, Reifen m. Frans. und echtem Grätzinbrenner **25.00**
Gas-Zuglampe, schwarz Eisen, Schirm 40 cm, mit Fransenbehang u. echt. Grätzinbrenner **25.00**
Gas-Zuglampe, sehr mod. „Stahl-Gold", mit Fransenbehang u. echtem Grätzinbrenner . . **30.00**
Gas-Zuglampe, sehr apart „versilbert", mod. Reif., 40 cm mit Seidenvolant, echt. Grätzinbr. **45.00**

Elektr. Tisch- u. Kipplampen in sehr großer Auswahl sehr billig.

Montage sämtlicher Lampen gratis.

Lampen

Gas- und elektr. Beleuchtungskörper

Gas-Salonkrone, schwarz Eisen mit 3 echten Grätzinbrennern und Glasstabbehang **38.00**
Gas-Salonkrone, schwarz Eisen mit 4 echten Grätzinbrennern und Glasstabbehang **48.00**
Gas-Salonkrone, matt Messing, mit reichem Glasstabbehang u. 4 echten Grätzinbrennern **62.00**

Elektrischer Ketten-Pendel mit reichem Glasstabbehang . . **10.50**
Elektrische Zug-Lampe, Farbe: „Stahl" mit Fransenbehang . **12.00**
Elektrische Zug-Lampe, schwrz. Eisen, mit apartem Reifen, 40 cm, mit Fransenbehang . **22.00**
Elektrische Salonkrone, schwarz Eisen, 4 Flamm., ohne Birnen **30.00**

Elektrische Ampeln mit neuesten Stoffschirmen und Kettenpendel . . . . von **13.50** an

Montage sämtlicher Lampen gratis.

Winter-Artikel

Ofenschirme, ff. lack., modern dekoriert . 9.— 5.90 4.25 bis 2.25
Kohlen-Kasten, gute Qualität, mod. Dekor. . . . 3.25 2.50 2.25
Ofenvorsetzer, verschied. Ausführungen . . 6.50 5.50 bis 0.85
Bettflaschen, verzinnt, 1.95 u 1.65
Bettflaschen, leichte Ausführung 0.95
Bettflaschen, Kupfer, gute Qual. 5.50 4.75

Gasherde

Gasherde mit Elipsenbrennern, zeichn. sich durch geringen Gasverbrauch aus.
Allein-Verkauf für Karlsruhe.

Modell „Anhalt I" 2 Flammen u. 2 Fortkochstellen 14.50
Modell „Anhalt II" feine Ausführung, mit vernickelten Füßen, weiß emaill., 2 Flammen, 2 Fortkochstellen 18.—
Gasherdtisch zu „Anhalt I" . . 5.75
Gasherdtisch zu „Anhalt" II . . 6.75
Gasschläuche, verzinkt, 1 m lang 1.10
Gasherdzünder . . . Stück 0.35

Aparte Vogelkäfige und Vogelkäfigständer in sehr reicher Auswahl.

Triumphstuhl mit Fantasieläufer 8.25
Triumphstuhl mit Tapestryläufer 12.75
Triumphstuhl mit mod. Tapestryläufer und Abstell-Vorrichtung . . . 15.75
Triumphstuhl mit Plüschläufer und Abstell-Vorrichtung . . . 17.50

Wirtschaftswage gutes Fabrikat, mit Stellschraube und Abstell-Vorrichtung 4.50 3.50 2.50 1.95
Tafelwage System Béranger 10.50
Tafelwage, System „Roberval" . . . 6.50
Gewichte und Gewichtkasten, sehr preiswert

Reibemaschine fein und grob reibend 2.25 1.35
Messerputzmaschine 7.50 3.50
Buttermaschinen 3 Ltr. 2.75 2 Ltr. 2.20 1 Liter 1.65
Spätzlemühlen „Hühnersdorf" . . 2.25
Wäschemangel, gutes Fabrikat 24.00

Fleischmaschine „Aal" 3.90

Fleischmaschinen „Entreprise" 2.85
Kaffeemühlen geschmiedetes Werk 2.50 2.25 bis 1.65
Wandkaffeemühlen mit modernem dekoriertem Steingut-Behälter, geschmiedetes Werk . 4.25
Kohlenbügeleisen 2.50

Geschenk-Artikel

Nickel-Kaffee-Service, solide Qualität, neueste Form. 23.— 19.— bis 12.00
Brotkörbe, vernickelt 3.75 2.90 bis 1.25
Tortenplatten mit modern. Einlagen . . . . . 3.75 und 2.50
Cakesdosen mit geschliffenen Gläsern 3.50 2.25 1.75
Tortenschaufeln . . . 1.75 u. 1.25
Gelee-Dosen mit geschliffenem Glas . . . . . 2.85 u. 1.25
Cabarets, mit modernen Glaseinsätzen . . . 3.90 2.50 u. 1.75
Obstmesserständer mit 6 Obstmessern 2.90
Saftkannen mit geschliff. Glas 2.85 bis 1.25
Salatièren mit geschliff. Glas u. Salatbesteck . 7.75 5.75 u. 3.75
Butterdosen mit geschliff. Glas v. 1.25 an
Eierservice vernick. Ausführ. v. 0.95 an
Menagen . . . . 5.25 4.25 u. 2.75
Teemaschinen, vernick. 13.50 bis 9.75
Tee-Gläser mit mod. Messingbehälter . . . . . Stück 0.75
Tee-Gläser mit vernickeltem Behälter . . . . . Stück 1.25

Eiserne Blumenkrippen in apart. Ausführungen sehr preiswert.

Korbmöbel etc.

Peddigrohrsessel, Clubsessel . 12.50
Peddigrohrsessel, bill. Ausführ. 7.50
Peddigrohr-Tische, 50/50 . . . 12.75
Peddigrohr-Tische, 90/60 . . . 15.50
Peddigrohr-Bank 28.00

Service

Kaffee-Service, echt Porzellan, mit modern. Dekor. 5.90 4.75 3.85
Tafel-Service, echt Porzellan, 23 Teile, mit Goldrand u. Lin. 15.00
Bier-Service, mod. Dekorierung 9.50 7.25 bis 1.95
Likör-Service . . . . von 2.00 an
Bowlen mit 12 Gläsern 25.00 21.00 bis 8.50

Bestecke

Bis inkl. Samstag den 13. cr.

Solinger Qualität
Alpacca-Bestecke
Alpacca-Löffel
} **10%** Rabatt.

Etuis mit versilbert. Bestecken, unter garant. Silberaufl., große Sortimente.
Versilberte Kaffee- und Eßlöffel in neuesten Mustern.

Glaswaren

Römer, moderne Form Stück 35 ₰
Römer, ff. graviert . . Stück 55 ₰
Weingläser, m. versch. Schliffen 28 ₰
Weingläser, ½ Kristall, mit moderner Gravur Stück 35 ₰
Teegläser, mit modernem Band 12 ₰
Bierseidel, mit Zinndeckel 2.50 1.50
Bierseidel, ff. geschliffen, mit Zinndeckel 3.25 2.90

Waschtische, ff. lackiert 17.50 15.00 10.50 bis 3.75
Waschständer 1.50 1.15
Putzschränke, solide Arbeit, v. 3.90 an
Kinderschlitten, Ia. Fabrik., Eisen lackiert, m. Rücklehne 4.50 3.50 2.90
Küchenstühle, Buche 2.90
Küchenhocker . . . 2.50 bis 1.25
Kinderstühle, zusammenlegbar 14.25 12.50 10.75 bis 4.75
Kinderstühle, nieder 2.10 1.95 u. 1.20

Stuhlschlitten, Eisen lack.
Rodelschlitten . . . .
Schlittschuhe . . . .
} **10%** Rabatt.

Spielwaren

1 **Eisenbahn** mit Uhrwerk, auf Schienen lang laufend. Werk, Lokomotive m. Bremse, 1 Personenwagen und 1 Tender . 1.30
1 großes **Ideal-Gewehr** mit 1 Gummi-Pfeil und Scheibe . 85 ₰
1 Karton **Bleisoldaten**, Luftschiffer-Abteilg. mit Zeppelin-Schiff . . . . . 95 ₰
1 **Kinematograph** mit 2 Film und 3 Bilder 1.75
1 **Dynamobil** mit 2 Modellen . 95 ₰
1 **Hydroplan** (Wasserflugzeug) 95 ₰
1 **Zeppelin-Luftschiff**, 24 cm gr. 58 ₰
1 schöner **Puppenstuhl**, weiß lackiert . . . . . 95 ₰
1 **Kindertisch**, 56 cm hoch mit Schublade und fourn. Platte 3.45
1 hübsche **Puppenzimmer-Einrichtung** in Karton 1.10
1 **Porzellan-Kaffeeservice**, 7 teilig, im Karton . . . . 85 ₰
1 Karton **Aluminium-Geschirr**, 8 teilig und 1 Herd . . . . 95 ₰
1 schöner **Puppenherd** m. 3 Aluminiumtöpfen u. Kaffeekanne 1.95
1 **Baby-Puppe**, 25 cm groß. mit Hemd . . . . . 95 ₰
1 **Kasperl-Theater**, 25 cm groß, mit 3 Figuren 1.95
Neu! **Fußball-Schachspiel** . . 3.50

Kristallvasen
in feinsten Schliffen
in reichhaltiger Auswahl.

KNOPF

Verlangen Sie Rabattmarken.